



Ausschuss für Infrastruktur und Digitales

10. - öffentliche - Sitzung, 02.09.2022

—

Magdeburg, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

**1. Stand und Perspektiven der Entwicklung des Dienstleister
Dataport AÖR in Hinblick auf die Entwicklung der IT- und
Digital-Landschaft des Landes Sachsen-Anhalt**

Selbstbefassung Fraktion FDP - **ADrs. 8/AID/13**

Berichterstattung und Beratung

5

**2. Beitrag der Deutschen Telekom AG zur Digitalisierung
im Land Sachsen-Anhalt und Abarbeitungsstände der
vertraglich gebundenen Leistungen**

Selbstbefassung Ausschuss für Infrastruktur und Digitales -
ADrs. 8/AID/14

Berichterstattung und Beratung

29

3. IT-Wirtschaftsverband des Landes Sachsen-Anhalt (VITM)

Selbstbefassung Fraktionen der CDU, SPD und FDP - **ADrs.
8/AID/17**

Berichterstattung und Beratung

37

4. Aktueller Sachstand zum Onlinezugangsgesetz (OZG)

Selbstbefassung Ausschuss für Infrastruktur und Digitales -
ADrs. 8/AID/15

Berichterstattung durch die Landesregierung und Beratung 44

5. Vorlagepflicht von Verträgen, Studien oder Gutachten als Beratungsleistungen gemäß § 34a Abs. 2 LHO, Abschluss eines Rahmenvertrages mit Dataport AÖR im Bereich der Digitalisierung

Befassung Ministerium der Finanzen - **ADrs. 8/FIN/66**

Berichterstattung durch die Landesregierung und Beratung 49

6. Verschiedenes 50

Anwesende:**Ausschussmitglieder:**

Abg. Dr. Falko Grube, Vorsitzender	SPD
Abg. Sven Czekalla	CDU
Abg. Detlef Gürth	CDU
Abg. Matthias Redlich (i. V. d. Abg. Thomas Krüger)	CDU
Abg. Elke Simon-Kuch	CDU
Abg. Thomas Staudt	CDU
Abg. Matthias Büttner (Staßfurt)	AfD
Abg. Matthias Büttner (Stendal)	AfD
Abg. Daniel Rausch	AfD
Abg. Kerstin Eisenreich	DIE LINKE
Abg. Sebastian Striegel (i. V. d. Abg. Cornelia Lüddemann)	GRÜNE
Abg. Konstantin Pott (i. V. d. Abg. Kathrin Tarricone)	FDP

Ferner nimmt Abg. Guido Heuer (CDU) an der Sitzung teil.

Von der Landesregierung:**vom Ministerium für Infrastruktur und Digitales:**

Ministerin Dr. Lydia Hüskens
Staatssekretär Bernd Schlömer

Von der Landtagsverwaltung:

Ausschussdienst

Niederschrift:

Stenografischer Dienst

Vorsitzender Dr. Falko Grube eröffnet die öffentliche Sitzung um 10:15 Uhr. Er weist darauf hin, dass dem Ausschuss als Tischvorlage ein Antrag auf Selbstbefassung der Koalitionsfraktionen vorliege. (Der Antrag ist im Nachgang der Sitzung als ADRs. 8/AID/17 bereitgestellt worden.) Der Anlass sei eine Bitte des Verbandes der IT-Wirtschaft Sachsen-Anhalts, ebenfalls in der Sitzung vortragen zu dürfen. Er bitte den Ausschuss darum, dem Antrag auf Selbstbefassung zu folgen und das Thema im Anschluss an die turnusmäßige Berichterstattung von Dataport und der Deutschen Telekom in die Tagesordnung zu integrieren.

Der Vorsitzende fährt fort, die Deutsche Telekom habe darum gebeten, einen Teil des Vortrags in nichtöffentlicher Sitzung halten zu dürfen, weil es teilweise um Unternehmensinterne gehe. Er schlage vor, dieser Bitte zu folgen.

Die Staatskanzlei und das Ministerium für Kultur habe darum gebeten, die Unterrichtung über das Strukturentwicklungsprogramm für das Mitteldeutsche Revier (Drs. 8/802) von der Tagesordnung abzusetzen. Parallel zur Sitzung des Ausschusses finde ein Termin auf Bundesebene statt, bei dem auch Staatssekretär Herr Dr. Ude unbedingt zugegen sein müsse. Dieser habe allerdings auch im Ausschuss berichten sollen. Die Staatskanzlei und das Ministerium für Kultur habe in Aussicht gestellt, dem Ausschuss zu einem späteren Zeitpunkt Bericht zu erstatten und die Ergebnisse des heutigen Termins darin einzuarbeiten. Aus seiner Sicht mache diese Verfahrensweise Sinn, weswegen er dem Ausschuss vorschlage, der Bitte der Staatskanzlei und des Ministeriums für Kultur zu folgen. Der Ausschuss sollte das Thema für die Sitzung im November 2022 vorsehen, weil er für die nächste Sitzung das Fachgespräch zum Denkmalschutz plane; es sei denn, die Staatskanzlei und das Ministerium für Kultur wolle eher berichten. Das würde er bilateral klären.

Der **Ausschuss** beschließt einstimmig, den Antrag auf Selbstbefassung der Koalitionsfraktionen (ADrs. 8/AID/17) unter Tagesordnungspunkt 3 auf die Tagesordnung zu setzen. Er folgt dem Vorschlag, die Unterrichtung der Staatskanzlei und des Ministeriums für Kultur zum Strukturentwicklungsprogramm für das Mitteldeutsche Revier, von der Tagesordnung abzusetzen bei einer Stimmenthaltung ebenfalls einstimmig und nimmt die so geänderte Tagesordnung einstimmig an.

Die Niederschriften über die 8. - öffentliche - Sitzung am 13. Mai 2022 und über die 9. - öffentliche - Sitzung am 22. Juni 2022 werden gebilligt.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Stand und Perspektiven der Entwicklung des Dienstleister Dataport AöR in Hinblick auf die Entwicklung der IT- und Digital-Landschaft des Landes Sachsen-Anhalt

Selbstbefassung Fraktion FDP - **ADrs. 8/AID/13**

Der Ausschuss hat sich in der 8. - öffentlichen - Sitzung am 13. Mai 2022 darauf verständigt, die Beratung in der heutigen Sitzung mit Vertretern von Dataport A. ö. R. durchzuführen.

Der **Vorsitzende des Vorstands von Dataport**: Wer ist Dataport? - Dataport ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts mehrerer Länder, auch Sachsen-Anhalts; Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und eben auch Sachsen-Anhalt. Salopp gesagt: Wir gehören Ihnen. Wir sind ein öffentliches Unternehmen und gehören damit auch Ihnen.

Unsere Aufgabe ist es, die Informationstechnik für die öffentliche Verwaltung zu organisieren, ausschließlich für die öffentliche Verwaltung. Wir betreiben dafür zwei Hochsicherheitsrechenzentren, die BSI-zertifiziert sind, also dem nationalen Sicherheitsstandard folgen, den das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik vorgegeben hat. Wir betreiben in diesen Rechenzentren all das, was sozusagen der Backbone der öffentlichen Verwaltung ist, für die Polizei, für die Justiz, für die Steuerverwaltung, für den Bereich Bildung, für die Personalabrechnung und für vieles mehr. Im Grunde genommen erledigen wir alles, was uns angetragen wird, was für die Funktionstüchtigkeit der öffentlichen Verwaltung sicher zu betreiben ist.

Wir machen das für die Länder. Wir tun das in den Stadtstaaten und in Schleswig-Holstein auch für die kommunale Ebene. Wir haben sogar einen kommunalen Träger. In Schleswig-Holstein gibt es eine Anstalt des öffentlichen Rechts, in der alle Kommunen Mitglied sind, die mit uns als Eigentümer auch verbunden sind und uns beauftragen können, aber nicht müssen; es gibt also keinen Anschluss- und Benutzungszwang.

Unser Geschäftsmodell besteht darin, dass wir uns ausschließlich über Verträge und Leistungen finanzieren. Das ist wie in der Wirtschaft. Wir bekommen einen Auftrag, schließen einen Vertrag, nachdem wir darüber verhandelt haben, was wir leisten sollen, und dann gibt es einen Preis. Danach leisten wir. Wir bekommen also keine Zuschüsse. Wir finanzieren uns ausschließlich über die Preise. Unsere Preise, auch die Kosten, lassen wir regelmäßig durch unabhängige Dritte benchmarken, damit unsere Eigentümer und unsere zentralen Kunden wissen, dass wir sie nicht über den Tisch ziehen, dass man also unsere Preise mit Industriestandards vergleichen kann. Das ist Sinn und Zweck dieser regelmäßigen Benchmarks, die dem Verwaltungsrat, in dem Sachsen-Anhalt vertreten ist, vorgelegt und dort auch erörtert werden. Das ist sozusagen das Geschäftsmodell.

In der Breite rechnen wir nicht nur, sondern wir beraten mittlerweile auch, entwickeln Software und schulen, decken also das ganze Leistungsspektrum ab, das von uns erwartet wird.

Wir sind mittlerweile 4 400 Beschäftigte groß und haben im letzten Jahr einen Umsatz von ungefähr 1 Milliarde € gemacht. Bei 1 Milliarde € muss man sich aber vergegenwärtigen, dass wir knapp zwei Drittel - das schwankt von Jahr zu Jahr zwischen 60 % und knapp 70 % - der Leistungen an Dritte vergeben. Wir machen also nicht alles selbst. Im Keller von Dataport sitzen keine Menschen, die Hardware bauen. Wir haben zwar Softwareentwickler, entwickeln aber nur Software, die auf dem Markt nicht zu bekommen ist; wir erzeugen nur das, was wir auf dem Markt nicht einkaufen können. Deswegen haben wir eine so hohe Quote an Leistungen, die wir einkaufen. Also, fast zwei Drittel des Umsatzes sind Leistungen, die wir auf dem Markt einkaufen.

Unser Selbstverständnis ist, wir sind als Dataport quasi das Tor zur Welt und für die Welt der IT-Wirtschaft, so etwas wie ein Übersetzer und Dolmetscher in Richtung Anforderungen, die die Verwaltung hat, also sozusagen ein Gateway dazwischen, und vermitteln.

Als öffentliche Einrichtung unterliegen wir dem Vergaberecht, den Regeln, die Sie als Gesetzgeber, der Bundesgesetzgeber oder die EU festgesetzt haben. Wir halten uns an die Regeln, setzen das geltende Vergaberecht um, tätigen Vergaben, um Leistungen am Markt einzukaufen, um den Bedarf unserer Auftraggeber, also der öffentlichen Verwaltung, zu decken.

Sachsen-Anhalt ist dem Staatsvertrag am 1. Januar 2013 beigetreten. Damals haben wir 119 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Standorten Magdeburg und Halle übernommen. Heute sind es knapp 300, und zwar an beiden Standorten, sowohl in Magdeburg als auch in Halle. Früher waren wir in Halle in der Barbarastraße; mittlerweile sind wir in die Kaiserslauterer Straße umgezogen. Beide Standorte wachsen. Nach den Prognosen, die wir haben, werden sie weiter wachsen, weil an beiden Standorten ein interessantes Arbeitskräftepotenzial vorhanden ist und wir für die Auftraggeber gute Leute brauchen.

Was machen wir gerade jetzt mit Fokus auf Sachsen-Anhalt? - Wir betreiben für Sachsen-Anhalt ungefähr 150 Fachverfahren über die ganze Bandbreite der Aufgaben, die die Landesverwaltung hat: Steuer, Justiz usw. Wir engagieren uns insbesondere im Bereich des Standardarbeitsplatzes, wo wir mittlerweile rund 3 000 und jetzt noch einmal knapp 7 500 Arbeitsplätze für die Polizei ausgerollt haben. Also, wir leisten einen Beitrag zur Unterstützung der Standardisierung der IT in diesem Land, übrigens so wie in anderen Ländern auch; denn überall gehen Trend und Tendenz dahin, über möglichst einheitliche Infrastrukturen kostensparend und effizient, d. h. bei geringem Personaleinsatz - Stichwort „Fachkräftemangel“ -, einheitliche Leistungen für die gesamte Verwaltung anzubieten.

Ein weiteres wichtiges Projekt, das ich herausgreifen will, ist die Einführung der E-Akte, die für den digitalen Arbeitsplatz wichtig ist, um digital arbeiten zu können. Wir haben alle, egal, welche berufliche Tätigkeit wir ausüben, gerade in Coronazeiten erlebt, wie wichtig eine di-

gitale Arbeitsunterstützung ist, wenn man mobil von Zuhause aus arbeiten will. Wenn die Akte physisch im Schrank in der Behörde liegt, dann muss man sie halt mitnehmen. Wenn man digital darauf zugreifen kann, dann lässt es sich mobil einfacher arbeiten. Deswegen ist die Einführung der E-Akte so wichtig. Wir sind dabei, sie einzuführen.

Ein anderes Projekt, als ein Beispiel der rund 130 Projekte, die wir in Sachsen-Anhalt zurzeit durchführen, ist die Einführung einer Plattform nach dem öffentlich-rechtlichen Standard „XPlanung“, um Planverfahren digital unterstützen zu können.

Wir sind ein Landesdienstleister in Sachsen-Anhalt, arbeiten aber nach der Aufgabenkette insbesondere des Onlinezugangsgesetzes auch mit den kommunalen Institutionen im Land, insbesondere mit der KITU, zusammen.

Mit der KITU gibt es einen Kooperationsvertrag, der mittlerweile mit Leben erfüllt ist, weil wir über eine Beauftragung des Landes zusammen mit der KITU - die KITU ist vorn; wir unterstützen das - und einer Reihe von Unternehmen - übrigens auch aus dem sachsen-anhaltinischen Beritt - entsprechende Onlinedienste implementieren. Es gibt also eine gelebte Zusammenarbeit mit dieser kommunalen Institution hier in Sachsen-Anhalt.

In der Entwicklungsperspektive verstehen wir uns als Inkubator, der die Digitalisierung der Landesverwaltung unterstützt, der - wenn es gewollt ist - auch die Zusammenarbeit von Land und Kommunen mit IT-Dienstleistungen unterstützen kann, gerade vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus anderen Ländern, die ich angedeutet habe, weil wir in Schleswig-Holstein auch für Land und Kommunen unterwegs sind.

Unser Interesse besteht darin, das Land zu unterstützen. Wir sind Dienstleister, d. h., wir richten uns nach den Vorgaben, die das Land formuliert, und setzen sie um.

Natürlich haben wir ein großes Interesse daran, wo es möglich ist und wo sie vorhanden ist, auch die regionale Wirtschaft in die Leistungskette von Dataport mit einzubinden.

Wir schreiben, wenn wir Leistungen ausschreiben, sowohl Software- als auch Beratungsleistungen aus. Bei Beratungsleistungen schreiben wir in der Regel große Verträge aus, um auf diese Art und Weise im Interesse unserer Auftraggeber auch Kosteneffizienz zu erreichen. Schreiben wir große Stückzahlen aus, sind die Preise günstiger, als wenn wir kleine Lose ausschreiben.

Es ist uns mit unserer Vergabestrategie in den letzten Jahren immer gelungen, über diese Ausschreibungen auch einen Großteil von Mittelstandsunternehmen, sogenannte KMU, mit an Bord zu nehmen.

In der aktuellen Ausschreibung zu Digitalisierungsdienstleistungen, die wir gerade veröffentlicht haben, sind über alle sechs Teilnehmer hinweg 40 Mittelstandsunternehmen mit an

Bord, leider nur ein Dienstleister aus Sachsen-Anhalt. An dem Beispiel will ich deutlich machen, dass wir die regionale Wirtschaft einbinden und auch einbinden wollen, aber wir können sie eben nur einbinden, soweit sie auf das jeweilige Leistungsportfolio eine Antwort hat.

Darauf kann man antworten, dann müsst ihr euer Leistungsportfolio immer so konfigurieren, dass es passt. Das versuchen wir auch, wenn es geht, aber immer im Rahmen dessen, was das Vergaberecht vorgibt und was wirtschaftlich ist, um im Interesse der Auftraggeber eine gewisse Kosteneffizienz zu erreichen. Dabei ist man immer in einem Spannungsfeld, aber wir managen es so, dass wir diesen Anteil über die regionalen Netzwerke, die wir haben, sozusagen in den regionalen Ökosystemen, in denen wir uns bewegen, sukzessive ausbauen und entwickeln können.

(Eine Präsentation zum Vortrag wurde als Tischvorlage verteilt und im Nachgang der Sitzung als **Vorlage 1** bereitgestellt.)

Abg. Konstantin Pott (FDP): Sie haben zum Schluss gesagt, dass es nicht so viele Unternehmen aus Sachsen-Anhalt gebe, die Sie bis jetzt regional eingebunden hätten. Haben Sie Pläne, wie das Ganze verstärkt werden kann, wie die regionale Wirtschaft in Sachsen-Anhalt stärker einbezogen werden kann und davon profitiert?

Der **Vertreter von Dataport:** Indem wir miteinander reden, indem wir wissen bzw. in Erfahrung bringen, wie das jeweilige Leistungsportfolio aussieht, aber es bedeutet Bewegung von beiden Seiten.

Wenn wir - ich nenne einmal eine Größenordnung - 170 000 Personentage an IT-Beratung ausschreiben, für den gesamten Markt im Norden, dann kann ich von einem IT-Dienstleister mit 40 Mitarbeitern oder mit 200 Mitarbeitern nicht erwarten, dass er auf eine Leistung von 1 000 Personentagen hochgeht. Das ist sein eigenes Geschäftsmodell. Er muss für sich entscheiden, ob er sich nach seinem Geschäftsmodell in diese Richtung bewegen will oder nicht.

Wenn es um Softwareentwicklung oder -gestaltung geht, dann finden wir immer Wege, über die Rahmenverträge, die wir haben, diese KMU mit an Bord zu nehmen, aber es muss von der Leistung her natürlich passen. Also, wenn wir im Moment das OZG umsetzen - das tun wir, weil es Gesetz ist, weil die Auftragslage so ist -, dann orientieren wir uns und gucken, dass wir Anbieter finden, die entsprechende Onlinedienste entwickeln. Die gibt es übrigens in Sachsen-Anhalt. Diesen einen haben wir mit an Bord und auf unserer OSI-Plattform, also der zentralen Infrastruktur. Wir eröffnen ihm - das muss man sich auch klar machen - darüber hinaus nicht nur den sachsen-anhaltischen Markt, sondern in der Größe von Dataport auch den Markt, den wir ansonsten abdecken. Ein Onlinedienst „Baugenehmigungsantrag“ steht dann über die Dataport-Plattform auch in anderen Trägerländern zur Verfügung. Das ist ein Mehrwert, der auf diese Art und Weise entsteht, für denjenigen, der einen solchen Onlinedienst anbietet. Wenn ein IT-Unternehmen in Sachsen-Anhalt aber keine Onlinedienste

te anbietet, dann kann ich auch nichts machen. Das ist eine Frage von Angebot und Nachfrage.

Abg. Konstantin Pott (FDP): Es gab eine Ausnahmeregelung, was die Umsatzsteuerpflicht angeht, die im Jahr 2023 endet. Dazu folgende Fragen: Sind die Leistungen, die Dataport für das Land Sachsen-Anhalt erbringt, ab dem Jahr 2023 umsatzsteuerpflichtig? Wie schätzen Sie die Preissituation ein, wenn eine Umsatzsteuerpflicht besteht? Für uns sind natürlich die Auswirkungen auf den Landeshaushalt wichtig, die sich dadurch ergeben.

Der **Vertreter von Dataport:** Das ist eine schöne Frage. Die ist so herrlich kompliziert, so einfach, aber kompliziert zu beantworten. Also, alle Waren, die wir einkaufen, kaufen wir natürlich mit Umsatzsteuer ein, weil uns die Lieferanten die Umsatzsteuer natürlich in Rechnung stellen müssen. Dementsprechend reichen wir diese Umsatzsteuer auf alle Waren weiter. Das ist in dem alten Modell so und wird auch ab dem 1. Januar 2023 so bleiben.

Das, was sich ändert, ist die Umsatzsteuerpflicht für Personalleistungen, und zwar für die Personalleistungen, die Dataport selbst erbringt. Kaufe ich eine Personalleistung ein, wird der Anbieter die Umsatzsteuer aufschlagen und ich reiche sie weiter. Wenn ich aber selbst Personalleistungen erbringe, dann - so ist das geltende Recht - werde ich die Umsatzsteuer auch auf die Personalleistungen erheben. Diese Diskussion verfolgt uns schon seit einigen Jahren. Eine Reihe von Ländern hat sich entschieden, über gesetzliche Ausnahmetatbestände dafür zu sorgen, dass die Personalleistungen von der Umsatzsteuerpflicht befreit sind, insbesondere im hoheitlichen Bereich. Zum Beispiel hat der Bund schon ganz lange im Finanzverwaltungsgesetz eine Regelung getroffen, wonach die Services, die von uns für die Steuer-IT erbracht werden, von der Umsatzsteuer befreit sind. Zu diesem Sachverhalt haben wir die Bitte um eine verbindliche Auskunft an das Finanzamt Kiel gestellt und warten geduldig auf eine Antwort.

Bremen hat ein Gesetz zu digitaler Souveränität verabschiedet. Über dieses Gesetz soll begründet werden, dass alle Personalleistungen, die Dataport in Bremen erbringt, von der Umsatzsteuer befreit sind.

Hamburg und Schleswig-Holstein haben derzeit Gesetze „in der Mache“ mit unterschiedlichen Systematiken. Im Grundsatz versuchen sie auch, die Personalleistungen, die wir für Kernbereiche der öffentlichen Verwaltung erbringen, von der Umsatzsteuer zu befreien.

Ich kann nur sagen, was ich aus dem Verwaltungsrat, von dem Verwaltungsratsmitglied aus Sachsen-Anhalt gehört habe, nämlich dass eine solche Regelung nicht beabsichtigt sei, aber ich bin nicht auf dem letzten Stand.

Abg. Konstantin Pott (FDP): Zur aktuellen Situation, was die Cybersicherheit angeht: Wie schätzen Sie die Gefahr von Cyberangriffen auf die von Dataport bereitgestellten Strukturen für das Land Sachsen-Anhalt ein? Wie schätzen Sie die aktuelle Lage ein? Gibt es Überlegun-

gen, wie man versucht, vielleicht auch noch einmal verschärft, die Dinge sicherer zu gestalten?

Der **Vertreter von Dataport**: Ich hatte eingangs gesagt, dass wir uns an die Regeln des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik halten. Wir sind übrigens einer der ganz wenigen öffentlichen IT-Dienstleister, die das komplette Spektrum der Erwartungen, die das BSI hat, erfüllen.

Wir sind über das sogenannte CERT auch an einen Informationsverbund des öffentlichen Sektors angeschlossen. Das heißt, wenn irgendwo eine Störung auftritt, auch nur eine Verdachtsmeldung, dann wird das über ein Netzwerk von Experten verbreitet, damit man das gleich bewerten kann. Darin ist das BSI eingeschaltet. Das ist ein wichtiges Kommunikationswerkzeug.

Wir haben ein eigenes sogenanntes SOC, ein Center, das sich um die Security kümmert. Wir haben also Kompetenzen gebündelt. Wir betreiben natürlich eine Menge an Firewalls, um Angriffe von außen abzuwehren, analysieren die Angriffe regelmäßig und tauschen uns über diese Analysen in den genannten Netzwerken aus.

Das, was die Sicherheit der IT in der öffentlichen Verwaltung noch beeinflusst, und zwar positiv beeinflusst, ist, dass wir in weiten Teilen in sogenannten geschlossenen Netzwerken miteinander arbeiten. Das ist ein ganz wichtiger Sicherheitsanker, also über sichere Netze, in sicheren, geschlossenen Netzwerken zusammenzuarbeiten, also nicht über das Internet. Das ändert sich jetzt natürlich in dem Maße, wie wir den Bürgerinnen und Bürgern und Unternehmen über das OZG Onlinedienste anbieten. Dadurch öffnen wir uns der Welt und müssen dementsprechend den Sicherheitsaufwand erhöhen.

Den Aufwand, den wir an Ressourcen in die IT-Sicherheit stecken, kann man ungefähr mit 10 % des Umsatzes von Dataport bemessen. Wir bewegen uns in der Range wie Banken und Versicherungen, die auch wichtige Assets zu verteidigen und einen hohen Aufwand damit haben, gerade die Finanzwirtschaft durch die Auflagen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Eine zusätzliche Awareness haben wir wegen des Ukrainekrieges. Das sieht man an den Analysen, an den Firewalls, dass es zusätzliche Auffälligkeiten - allerdings in Wellen - durch Angriffe gibt, über die sich die von mir genannten Experten, das SOC und das entsprechende Netzwerk, auch regelmäßig unterhalten. Das wird dort ausgewertet. Das ist ein Thema; es ist ein echtes Thema. Ich glaube sogar, dass das, was Sie gerade angesprochen haben, einer der wichtigsten Rechtfertigungsgründe dafür ist, dass es öffentliche IT-Dienstleister überhaupt gibt, weil es darum geht, dass wir mit hohem Aufwand die Funktionsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung digital souverän sichern, und das auch im Bereich Security.

Abg. Detlef Gürth (CDU): Sie haben nach Ihrer Powerpoint-Präsentation - das sind die Zahlen, die in der Präsentation stehen - mit 176 Mitarbeitern in Sachsen-Anhalt begonnen und sind jetzt bei 285 Mitarbeitern - über zehn, 15 Mitarbeiter will ich nicht streiten; als Größenordnung. Zu den 285 oder 300 Mitarbeitern in Sachsen-Anhalt: Wie viele davon sind eventuell aus dem TPA oder aus anderen Behörden des Landes übernommen worden und wie viele sind neu aufgrund der Dienstleistungen, die Sie hier erbringen?

Bei der Umsatzsteuer müssen wir gucken, wie das wird. Ein Marktvorteil ist eventuell weg. Das betrifft alle in diesem Sektor. Man muss gucken, inwieweit das später Auswirkungen auf die Preisgestaltung hat.

Ich habe eine Frage, weil es eine Anstalt des öffentlichen Rechts ist und wir in den Medien mit Informationen zu den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten versorgt werden: Wie sieht es mit Compliance und den Aufsichtstrukturen als Anstalt des öffentlichen Rechts aus? Das ist immer weit weg, bis irgendeiner irgendetwas hat. Dann läuft das medial viral. Dann ist man gegebenenfalls in Erklärungsnot. Wie sehen Sie sich aufgestellt?

Die nächste Frage: Wir haben einen Staatsvertrag geschlossen. Es war damals eine heiße Diskussion, wie Sie wissen: Soll man das so machen oder nicht? Was ist Umfang der Leistungen, die Sie erbringen sollen? - Wie schätzen Sie das ein? Sind die Dienstleistungen, die Sie anbieten und erbringen, im Wesentlichen im Korsett des Staatsvertrages und des Auftrages oder geht es darüber hinaus?

Dann habe ich noch eine Frage, die uns als Union ziemlich beschäftigt: Wir haben in 30 Jahren noch nie für eine Thematik so viel Steuergeld zur Verfügung gestellt wie jetzt für das Thema Digitalisierung. Neben dem Haushalt - das sind beachtliche Summen - haben wir auch noch das Sondervermögen in Höhe von rund einer Dreiviertelmilliarde Euro in einem begrenzten Zeitraum. Unser Interesse ist natürlich, dass möglichst viel - alles wird nicht gelingen - von diesem Geld hier im Land, bei Dienstleistern aus Sachsen-Anhalt landet, sofern sie im Wettbewerb diese Dienstleistungen anbieten können. Wie machen Sie das mit den Auftragslosen? Das ist alles sehr transparent. Auch bei Dataport kann man die Ausschreibungen und sogar die Vergaben, an wen es gegangen ist, nachlesen. Das finde ich vorbildlich. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, ein Auftragslos mit 120 000 Programmiererstunden, oder so ungefähr, dann ist das natürlich eine Nummer. Ich kenne viele, aber ich kenne keinen mittelständischen Dienstleister, der Programmierer für bestimmte Aufgaben vorhält, auch außerhalb unseres Landes, noch nicht einmal in Baden-Württemberg, der auf Anhieb sagen könnte, 120 000 Programmiererstunden schütteln wir aus dem Ärmel. Wenn ich es richtig verfolgt habe, dann ist dieses Los an ein börsennotiertes Unternehmen gegangen. Die haben auch nicht die Leute, um diese Stunden wirklich anbieten zu können. Diese Leute sind auf dem Markt knapp; da gibt es nicht mehr so viele. Aber die haben aufgrund des Vertrages jetzt eine solche Kapitalisierung, dass sie Firmen in Sachsen-Anhalt, mittelständische Firmen, aufkaufen können. Dann haben wir einen Effekt, den wir eigentlich gar

nicht wollen: Aufgrund der Größe dieser Lose bekommen Firmen außerhalb Sachsen-Anhalts solche Aufträge. Die werden dann weitervergeben und noch einmal weitervergeben an Sub- und weitere Subunternehmen, und überall bleiben Margen hängen, obwohl das Geld vielleicht besser hier angelegt wäre.

Dann ist der Effekt: Wenn man groß ausschreibt - das haben Sie richtig beschrieben -, dann haben Sie im Wettbewerb eine stärkere Position, bekommen günstigere Preise, aber es ist wirklich zu hinterfragen, ob sie tatsächlich viel günstiger sind; denn wenn mit Sub- und weiteren Subunternehmen gearbeitet wird, dann bleiben überall Margen hängen, und diese Margen bleiben außerhalb Sachsen-Anhalts hängen. Das ist generell - einmal ganz abstrakt - eine ganz ärgerliche Situation. Wie gehen Sie damit um? Wie kann man dem begegnen?

Der Vertreter von Dataport: Ich beantworte die Fragen von oben nach unten. Stichwort „Umsatzsteuer“. Sorry, ich hatte die Frage nach den Auswirkungen vorhin nicht beantwortet. Vielen Dank dafür, dass Sie mich sanft darauf hingewiesen und angestoßen haben. Wir schätzen die Auswirkungen der umsatzsteuerpflichtigen Leistungen auf ungefähr 10 % - weil man die Vorsteuer abziehen muss. Das Ärgerliche an der Umsatzsteuer ist: Im Grunde genommen ist es öffentliche Hand; wir sind ein öffentlicher IT-Dienstleister. Eigentlich ist es ein Geschäft von der linken Tasche in die rechte Tasche. Das Ärgerliche dabei ist aber, dass aufgrund der Umsatzsteuerverteilung ungefähr die Hälfte der Umsatzsteuer an den Bund geht. Daran sieht man, was das eigentliche Problem an der Geschichte ist. Wenn wir einfach nur umsatzsteuerpflichtig wären, dann würde die Umsatzsteuer sowieso wieder beim Staat landen. Also, der Staat gibt Umsatzsteuer aus, damit die Umsatzsteuer beim Staat landet. Dass aber die Hälfte dieser Umsatzsteuer beim Bund landet, das kann ich nicht lösen; das müssen andere lösen. Das haben Bund und Länder eben so verhandelt, dass das der Umsatzsteuerverteilschlüssel ist. Dann ist das eben so. - Das ganz kurz zu den Auswirkungen.

Dann zu Ihrer Frage zu den Mitarbeitern. Auf der Folie steht das Jahr 2017. Ich hatte gesagt, bei Beitritt am 1. Januar 2013 waren es 119 Mitarbeiter. Davon hat uns mittlerweile ungefähr die Hälfte verlassen. Das ist Demografie: Man wird älter, irgendwann geht man in Rente und scheidet aus. Das heißt, wir haben in der Größenordnung von 60 - die Hälfte von 120; 60 - plus die Differenz aus 300 und 120, also ungefähr fast 250 neue Mitarbeiter aufgenommen. Das heißt, wir haben an den Standorten Magdeburg und Halle auch junges, fittes Personal, übrigens auch sehr fitte Softwareentwickler, gerade am Standort Halle.

Zur Governancefrage. Es gibt in allen Trägerländern einen Governancekodex, der sozusagen die Abgrenzung regelt und organisiert. Ich bin als Vorstand ein Organ von Dataport und unterliege der Aufsicht und Kontrolle des Verwaltungsrates. Insofern steht es mir nicht zu zu bewerten, ob der Verwaltungsrat als Aufsichtsgremium mich richtig kontrolliert und seinen Job gut macht. Ich fühle mich aber gut beaufsichtigt.

Neben den Sitzungen, die wir viermal im Jahr durchführen, gibt es mit den Kerntägern - zu denen Sachsen-Anhalt gehört - eine regelmäßige Runde, zu der wir uns monatlich zusammensetzen, um zum aktuellen Geschäft zu berichten. Über meine Zahlen berichte ich also, ich würde sagen, jeden Monat. Daneben gibt es mit jedem einzelnen Land, insbesondere mit den zentralen IT-Steuerern, monatlich regelmäßige Runden, um jeweilige Auftragslagen und Situationen zu besprechen und zu organisieren.

Ebenso gibt es zu den zahlreichen Kundenaufträgen und Projekten eine richtige Governancestruktur, d. h. eine Lenkungs- und Steuerungsgruppe, die auch von unserer Seite her hochrangig besetzt ist, damit man rechtzeitig erkennt, ob sich ein Projekt auf einem kritischen Pfad bewegt.

Dadurch, dass der Jahresabschluss der Kontrolle eines Wirtschaftsprüfers unterliegt, gilt das, was für alle Unternehmen gilt. Wir sind eben ein öffentliches Unternehmen. Der Wirtschaftsprüfer kommt regelmäßig. Der Verwaltungsrat beschließt jedes Jahr ein Thema für eine Sonderprüfung; er bittet den Wirtschaftsprüfer, einem besonderen Thema nachzugehen, damit nicht jedes Mal der gleiche Prüftrott sozusagen durchgenudelt wird, sondern damit man Spezialthemen, die den Verwaltungsrat interessieren, aufgreift und uns dann auf Herz und Nieren prüft. Ansonsten erfreuen wir uns der besonderen Zuwendung - ich glaube, das ist in Deutschland einzigartig - von sechs Rechnungshöfen und von sechs Datenschutzbeauftragten. Das Schöne an dieser Kooperation ist, dass sich auch diese Institutionen mittlerweile abstimmen und absprechen. Das heißt, die Prüfung eines solchen Prüforgans wird den anderen kundgetan. Sie sind von Anfang an eingebunden, sodass sich der Grundgedanke der Kooperation auch in der Prüfbreite und Prüftiefe auf Dataport auswirkt. Also, ich kann froh sein, dass ich nicht zweimal zu demselben Gegenstand geprüft werde, aber ich werde nicht weniger geprüft.

Vorsitzender Dr. Falko Grube: Im Moment sind es fünf Datenschutzbeauftragte.

Abg. Detlef Gürth (CDU): Ein Datenschutzbeauftragter übt sein Amt amtierend aus. Es gibt schon diese sechs Datenschutzbeauftragten.

Zu den Mitarbeitern. Fachkräfte sind rar. Ich habe subjektiv das Gefühl, dass wir selbst im Ministerium nicht hinreichend Fachleute haben, um auszuschreiben, um nicht nur rechtlich, sondern auch fachlich Kompetenz zu hinterfragen oder Details zu bestimmen.

Wie sieht es mit den Gehaltsstrukturen aus? Ich nehme an, Sie haben bessere Möglichkeiten, als wir es bei uns im öffentlichen Dienst haben.

Haben Sie unter Ihren rund 300 Mitarbeitern weitere, die Sie aus Landesbehörden übernommen haben?

Der Vertreter von Dataport: Wir haben nur damals Mitarbeiter übernommen beim Beitritt. In der Zwischenzeit haben wir keine weiteren Mitarbeiter übernommen. Das ist uns auch nicht angeboten worden. Wir haben aber bei anderen Projekten in anderen Ländern durchaus IT mit Mitarbeitern übernommen; das gibt es. Letztendlich muss die Behörde oder der Auftraggeber entscheiden, wie er damit verfahren will.

In der Tat, Demografie ist eine echte Challenge, eine echte Herausforderung, auch für uns. Wir haben aber auch ein paar Dinge, die für uns sprechen. Wir können mit Public Value, wie wir das nennen, punkten. Gerade eine neue Generation von jungen Menschen entscheidet schon auch danach, wenn das Gehalt anständig ist, ob sie für Wertsteigerungen des Unternehmens oder für das Gemeinwohl arbeiten. Öffentliche IT ist ein Punkt, mit dem wir als Dataport bei Bewerberinnen und Bewerbern punkten können. Wir müssen natürlich anständig bezahlen. Wir dürfen nicht unter Wert bezahlen, aber das ist etwas, Public Value, mit dem man wirklich noch punkten kann.

Ja, wir haben eine eigene Entgeltordnung, wir haben einen eigenen Tarifvertrag. Der Tarifvertrag bezieht sich aber nur auf die Struktur. Ich beschreibe gleich, wie die Struktur wirkt. Wir hängen ansonsten schon - darauf legt der Aufsichtsrat bzw. Verwaltungsrat Wert - an der - ich sage immer etwas bildhaft - Kette von Potsdam. Also, das, was in Potsdam zum TV-L beschlossen wird, ist auch die Vorgabe, nach der wir uns richten sollen. Es gibt kleinere Abweichungen und Besonderheiten, aber sie sind wirklich klein. Ansonsten wirkt die Entgeltordnung. Sie hat zwei ganz entscheidende Effekte. Während die öffentliche Verwaltung typischerweise in der Pyramide arbeitet - ich sage salopp: ein Unterhüuptling hat fünfzehn Indianer; das ist die Pyramide; für die Indianer gibt es auch eine Gehaltsstruktur -, können wir aufgrund dieser Entgeltordnung so verfahren, dass wir eben einen Seniorentwickler und einen anderen Seniorentwickler oder einen Juniorentwickler gleich bezahlen. Wie viele das sind, ist völlig egal. Ich kann eben in einer Gruppe auch 15 Seniorentwickler haben, die alle gleich bezahlt werden. Ich muss mich nicht an diese Pyramide halten, weil ich ja Leistungsfähigkeit anbieten muss. Sie wollen gute Leute haben; das ist der entscheidende Punkt.

Der andere Punkt, der sich in der Vergangenheit auch sehr positiv ausgewirkt hat: Uns interessiert im Unterschied zum öffentlichen Dienst nicht, welchen Schulabschluss jemand vor 35, 20, 15 Jahren gemacht hat, sondern uns interessiert, was er heute kann, welche Qualifikationen er heute hat. Wir investieren auch in Aus- und Fortbildung, damit er sich an der Stelle fortentwickeln kann. Also vor der Coronapandemie hatten wir durchschnittlich 7,5 Tage an Fortbildung für jeden Mitarbeiter, um das nach vorn zu bringen.

Zum Staatsvertrag, zum Korsett des Staatsvertrages, war Ihre Frage, bewegen wir uns in dem, was im Staatsvertrag damals vereinbart wurde? - Ja, wir bewegen uns in dem, was man im Staatsvertrag vereinbart hat. Wir sind der IT-Dienstleister des öffentlichen Sektors. Unsere Aufgabe ist es, die digitale Transformation der öffentlichen Verwaltung zu unterstützen. Das tun wir. Das tun wir in den Kernbereichen der öffentlichen Verwaltung. Wir tun es auch

in anderen Ländern. Wir sorgen außerdem dafür und unterstützen es, dass die Länder zusammenarbeiten.

Die Plattform, über die wir Onlinedienste anbieten, OSI, wie wir sie nennen, um nur ein Beispiel zu nennen, gibt es nur einmal. So funktioniert die Internetökonomie im Grunde genommen: Eine Plattform ermöglicht eine Vielfalt von Anwendungen auf dieser Plattform - aber Vielfalt an Plattformen bedeutet Geldverschwendung für den öffentlichen Sektor. Diesem Grundgedanken folgen alle Trägerländer. Es gibt immer auch Abweichungen, aber diesem Grundgedanken folgen alle, auch über die ganze Bandbreite von Leistungen hinweg, die wir erbringen. Diesem Grundgedanken folgend bringt sich Sachsen-Anhalt sehr aktiv in den Trägerverbund ein.

Zu Ihrer letzten Frage nach der Bedeutung der Digitalisierung und zum Thema Losgröße. Ich will mich nicht hinter dem Vergaberecht verstecken, aber damit anfangen, um Ihnen den Rahmen zu verdeutlichen, in dem wir agieren. Die Erwartungshaltung des gemeinsamen Einkaufs ist es, durch Losgröße wirtschaftliche Preise zu erreichen. Das ist die Erwartung. Wenn das von den Auftraggebern erwartet wird, und zwar von allen Auftraggebern, bei gemeinsamen Vergaben, dann folgen wir natürlich der Maßgabe, also kostengünstige Preise.

Im Vergaberecht steht nicht - das ist kein Vergabekriterium; ich kann nicht sagen -, bei gleichem Preis und bei gleicher Leistung bezuschlage ich jemanden, weil er aus Kiel oder Magdeburg kommt. Das ist bisher im Recht nicht so geregelt. Das können Sie regeln, wenn Sie das Recht ändern, aber ich kann das Recht so nicht anwenden, um es ganz hart zu sagen.

Was wir machen können, ist - in diese Richtung zielte Ihre Frage -, durch sozusagen das Design von Ausschreibungen stärker zielgerichtet bestimmte Segmente zu adressieren. Das versuchen wir auch. Sie haben ein Beispiel genannt, in dem wir richtig auf Größe gegangen sind, weil wir kostengünstige Entwicklungstage für die Umsetzung des OZG und von Digitalisierungsvorhaben brauchten. Dabei sind wir über Masse gegangen. Wir haben aber auch Ausschreibungen, bei denen wir nicht über Masse, sondern gezielt vorgehen oder versuchen - das Modell haben Sie angesprochen -, über Rahmenverträge schnellbootmäßig einzelne Anbieter auf dem Markt unter den Vertrag zu nehmen.

Jetzt haben Sie gesagt: Ja, aber dann bleibt doch bei dem Zwischenhändler immer Geld hängen. - Ja, das ist so. Ich kann nicht bestreiten, dass es so ist. Wenn ein Rahmenvertragspartner einen Rahmenvertrag erhält und Subunternehmer hat, dann möchte er eine Aufwandsfee haben. Ob die Aufwandsfee hoch oder niedrig ist, wirkt sich auf die Preise aus, die uns angeboten werden. Wenn die Fee zu hoch ist, die er anbietet, dann schädigt er seine Wettbewerbsfähigkeit im Vergabeverfahren gegenüber anderen Anbietern, die mit einer niedrigeren Fee kalkulieren. Insofern spricht viel dafür, wenn man sich den Markt, die Marktmechanismen anguckt, dass derjenige, der mit niedrigen Fees kalkuliert, eher zum Zuge kommt, weil er günstiger kalkuliert.

Genauso kann derjenige Preisvorteile haben, der regionale Anbieter hat; denn es macht natürlich einen Unterschied, ob ich jemanden aus Stuttgart einfliege und in meine Preise jeweils die Flugkosten von Stuttgart nach Hamburg oder nach Leipzig einkalkulieren muss oder ob ich Anbieter aus der Region nehme, wo ich diese Kosten eben nicht habe. Das ist auch der Grund dafür, dass viele KMU über diese Verträge mit an Bord genommen werden. Der Markt funktioniert so. Alles, was ich gerade beschreibe, sind Marktmechanismen.

Wenn der Auftraggeber sagt, er möchte eine kleine Ausschreibung mit einem kleinen Los haben, und nimmt dafür in Kauf, dass der Preis möglicherweise höher ist, dann machen wir das natürlich.

Abg. Detlef Gürth (CDU): Wir haben ein Mittelstandsfördergesetz. Das schreibt viele Dinge vor - es ist vielleicht ein bisschen weiße Salbe -, was Zielstellungen sind. Wir haben in Mitteldeutschland das Kernproblem, dass wir immer noch verlängerte Werkbank sind.

Im Bereich der Digitalisierung haben wir mit den Summen an Geld, die wir in die Hand nehmen, eine Chance, viele Player, die wir hier haben, die für internationale Unternehmen arbeiten, aber in Nischen, groß werden zu lassen, entstehen zu lassen, Unternehmen, die richtig wachsen. Man denkt an SAP; man weiß, wie er einmal angefangen hat.

Wenn ich aber Programmiererstunden in der Größenordnung von 120 000 ausschreibe und ein börsennotiertes Unternehmen außerhalb Sachsen-Anhalts diesen Auftrag bekommt und dann so viel Geld hat - der Auftrag ist ja Geld wert; damit gehe ich auch zur Bank -, um hier in Mitteldeutschland einheimische Unternehmen, die hier gegründet wurden, aufzukaufen, dann ist das genau das, was wir nicht wollen - unabhängig von den Margen. Auch wenn es die Unternehmen nicht aufkaufen will und sagt, Unternehmen XY - wir kennen sie fast alle; so viele sind es ja nicht -, machst du das für mich für den Preis, dank unserer Ausschreibung, die es gewonnen hat, ist eine Marge schon einmal ungewollt aus Sachsen-Anhalt abgeflossen, und dann geht es wieder auf unseren Markt, weil es bestimmte Lose nicht ganz allein bedienen kann. - Die Ausschreibung ist jetzt draußen; es ist jetzt so gelaufen. Ich halte das für unglücklich. Wie wollen wir das künftig verhindern?

Der **Vertreter von Dataport:** Es wird immer eine Mischung geben.

Abg. Detlef Gürth (CDU): Aber in dieser Größenordnung dürfen wir nicht mehr ausschreiben.

Der **Vertreter von Dataport:** Es wird immer eine Mischung geben; denn wir bündeln Nachfrage. Es wird immer eine Mischung geben. Wenn vonseiten der Auftraggeber gesagt wird, uns ist es wichtig, dass ihr einen günstigen Preis erreicht, dann geht das nur über Masse. Es wird aber immer weiter auch Ausschreibungen geben, mit denen wir kleine Lose, kleine Märkte bedienen. Unser Ehrgeiz und unser Interesse ist es - das habe ich, glaube ich, mehrfach deutlich gemacht; es ist nicht nur Sachsen-Anhalt, das diese Frage stellt; Schleswig-

Holstein, Hamburg und Bremen stellen dieselbe Frage -, dass wir das, was wir als Ökosystem in den Regionen haben, stärken, entwickeln und einbinden, aber das ist ein Geben und ein Nehmen. Zum Markt gehört eben auch, dass sich der Marktteilnehmer an den Anforderungen ausrichten muss. Die Botschaft mit dem Groß und Klein ist angekommen. Wenn wir uns wiedertreffen, dann kann man das Ergebnis auch messen.

Abg. Sebastian Striegel (GRÜNE): Ich glaube, das Problem, das hier beschrieben wird, ist - wenn Sie es mit dem Stichwort „Ökosysteme“ beschreiben, dann zeigt es das sehr deutlich -, die Ökosysteme in den Bundesländern sind eben ein Stück weit unterschiedlich. Kollege Gürth hat es schon angesprochen: Wir sind an ganz vielen Stellen noch verlängerte Werkbank. Wir haben es mit einem Problem von Henne und Ei zu tun: Weil die Situation hier so ist, wie sie ist, ist es bei Ausschreibungen manchmal kompliziert, entsprechende Partner zu finden für das, was Sie ausschreiben, und wenn die Unternehmen bei Ausschreibungen nicht erfolgreich sind, dann wird sich nichts oder nur wenig verändern. Ich glaube, deswegen stellt sich bei einem öffentlichen Akteur, wie Sie es sind, schon die Frage, wie schaffen wir es, dass die Ausschreibungen so ausgestaltet werden, dass unsere IT-Wirtschaft hier im Land eine realistische Chance hat, daran erfolgreich teilzunehmen. Ich glaube, es ist noch Luft nach oben, auch wenn ich die Blicke des Herrn neben Ihnen richtig deute. Das ist ein Punkt. Dabei sind wir noch nicht am Ende der Debatte.

Meine Frage - ansonsten ist das Thema, glaube ich, ein Stück weit abgehandelt den - geht noch einmal in Richtung der Kommunen. Sie haben die Unterschiedlichkeit gegenüber anderen Bundesländern beschrieben. Wie schaffen wir es, die kommunale Ebene besser einzubinden? Mein Eindruck ist, wir haben es in Sachsen-Anhalt mit einem ziemlichen Flickenteppich zu tun. Das führt dazu, dass wir insgesamt nicht gut aufgestellt sind. Dafür ist Dataport nur ein Thema. Was wären Ihre Vorschläge, um dabei erfolgreicher zu werden?

Der Vertreter von Dataport: Ich habe gesagt, wie kooperieren mit der KITU, also mit den Strukturen, die da sind. Die KITU ist eine Vergemeinschaftung kommunaler IT, insofern als sich ein Großteil, nicht alle, der Kommunen zusammengeschlossen hat, um in einer sicherlich noch entwicklungsfähigen, aber - immerhin! - Gemeinschaft wechselseitig IT-Dienstleistungen für die Verwaltung zu erbringen.

Wenn Sie sich über Sachsen-Anhalt hinaus umgucken, dann sehen Sie, es gibt eine ganze Reihe Länder, die diese Vergemeinschaftungsmodelle - ich nenne sie einmal so - mittlerweile weiterentwickelt und stärker verfasst haben, als es in Sachsen-Anhalt der Fall ist. Ich habe das Beispiel Schleswig-Holstein erwähnt, in dem es schon seit Jahren eine Anstalt des öffentlichen Rechts gibt, in der mittlerweile alle Kommunen sind, auf welche die Aufgabe der Umsetzung des OZG übertragen wurde. Das ist ein Beispiel. In Sachsen gibt auch eine Form der Vergemeinschaftung. In Niedersachsen gibt es die sogenannte GovConnect, in der das Land Mitglied geworden ist und in der auch kommunale Dienstleister mit dem gleichen Ziel sind.

Es gibt Beispiele um Sie herum, die in dieser Organisation, in der Verfasstheit, um die Zusammenarbeit von Land und Kommunen voranzubringen, einen Schritt weiter sind.

Das hat natürlich auch Vorteile. Man kann sich diese Modelle anschauen, welche Modelle sind erfolgreich, um das richtige Modell zu wählen. Man muss die Erfahrung nicht selbst machen. Das ist durchaus ein Vorteil. Ich glaube aber, es muss in diese Richtung gehen.

Es ist auch deswegen eine wichtige Frage, weil wir bei der Umsetzung des OZG - bei bestimmten Leistungen sind wir klar im Landesbereich; bei bestimmten Leistungen sind wir klar im Kommunalbereich - durchaus auch Leistungsbündel haben, die dazwischen liegen, bei denen ich sowohl Kommunal- als auch Landesleistung, immer aus der Perspektive des Nutzers, des Bürgers, des Unternehmens, der eine Leistung haben will, zusammenknüpfen will und muss. Die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen haben auch die Erwartung, dass sie das nur auf einer Plattform und nicht auf 35 oder 200 Plattformen haben; sie wollen *e i n e* Plattform haben. Insofern haben wir eine neue Fragestellung, mit der man sich aktiv auseinandersetzt. Ansonsten nehme ich wahr, dass Sachsen-Anhalt an dieser Frage arbeitet und heftig darüber diskutiert. Deswegen wird es an der Stelle bestimmt eine Lösung geben.

Abg. Elke Simon-Kuch (CDU): Mir geht es auch um das Thema regionale Wertschöpfung. Sie haben das schön beschrieben. Ich möchte gern Zahlen erfahren. Sie haben gesagt, wie viel Sie insgesamt ausgeben. Können Sie uns vielleicht mitteilen, wie viel Geld tatsächlich in Sachsen-Anhalt bleibt, von dem Gesamtvolumen, das Sie ausgeben für Fremddienstleister und für Mitarbeiter? - Das ist die erste Frage.

Die zweite Frage - wir haben das gerade bei einigen Punkten gehört -: digitale Kompetenz in Sachsen-Anhalt. Wir alle wissen, wir haben noch Luft nach oben. Ich glaube, wir haben die große Verpflichtung, dass das viele Geld, das letztlich aus dem Landeshaushalt kommt, hier investiert wird und auch dazu genutzt wird, dass diese Kompetenz, dieses Know-how hier entsteht. Das ist eine Frage zum Thema Ausbildung und Kooperation. Mir wäre es wichtig, dass man sich eine Zielsetzung gibt, dass man sagt - was weiß ich? -, 10 % der Gelder gehen jetzt in das Land zurück, wir wollen dann und dann bei so und so viel Prozent sein, damit man das festmachen kann. Sie haben vorhin angerissen, dass es einige Voraussetzungen geben müsste, um mehr Wertschöpfung in Sachsen-Anhalt hinzubekommen. Meine Frage ist konkret: Was genau müsste passieren, damit das wirklich in Gang kommt? Bei den Vorrednern ist deutlich geworden, es ist noch zu wenig. Ich glaube, wir haben eine große Verantwortung dafür, dass das Geld, wie man so schön sagt, im Ländle bleibt. Das gilt für Sachsen-Anhalt noch viel mehr.

Der Vertreter von Dataport: Das politische Ziel habe ich verstanden, aber die Rahmenbedingungen sind so, wie sie sind. Sie können sie ändern. Ich kann sie nicht ändern. Ich werde einen Teufel tun, in einer öffentlichen Sitzung zu sagen, ich Sorge dafür, dass wir bei öffentli-

chen Vergabeverfahren einen Anteil von so und so viel Prozent der regionalen Wirtschaft haben. Wenn ich das sagen würde, dann könnte ich mich vor Eingaben und Einsprüchen bei Vergabeverfahren nicht mehr retten. Ich würde gegen Compliancevorschriften verstoßen. Schon bei dem Gedanken würde ich gegen Compliancevorschriften verstoßen.

Abg. Elke Simon-Kuch (CDU): Aber den Istzustand kann man doch bestimmt beschreiben, oder?

Der **Vertreter von Dataport:** Ja, kann man. - Ich wollte das noch einmal sagen; denn Sie haben eine klare Erwartungshaltung geäußert. Dazu sage ich, dann müsst ihr auch die Rahmenbedingungen dafür schaffen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Ich bin mir nicht sicher, ob der Kollege aus Sachsen-Anhalt mit seinem Onlinedienst „Bauantragsverfahren“ unter einem Rahmenvertrag nicht sehr viel erfolgreicher wäre, als wenn er sich selbst dem Wettbewerb stellen müsste, wenn wir einen Onlinedienst „Bauantrag“ ausschrieben; denn darauf könnten sich bundesweit zig andere bewerben, die das vielleicht auch könnten und kostengünstiger anbieten würden als er. Es gibt kein Steuerungskriterium. Das Steuerungskriterium, das Vergabezuschlagskriterium „regionale Wirtschaft“ gibt es im Vergaberecht nicht. Sorry, das gibt es nicht. Es muss Ihnen klar sein, dass diese Rahmenvertragslösung - so ärgerlich die Fee sein mag - am Ende immer noch das bessere Steuerungsinstrument ist, um zielgerichtet operieren zu können, als ein Messkriterium, das es tatsächlich nicht gibt. Dafür bitte ich um Verständnis. Das ist leider so.

Jetzt haben Sie mich proaktiv gefordert und haben gefragt, was kann man tun. Ich kenne die Teilnehmer am Markt; das sind nicht viele. Wir müssen in der Tat etwas tun, um die regionale IT-Wirtschaft weiterzuentwickeln. Deswegen reden wir viel miteinander, damit die Anforderungen zueinander passen. Ich kaufe nicht nur deswegen ein, weil es angeboten wird. Ich muss auch einkaufen, was nachgefragt wird. Wir bemühen uns aber sukzessive darum, den Anteil regionaler Wirtschaft im Rahmen des rechtlich Möglichen auszubauen.

Vorsitzender Dr. Falko Grube: Es fehlt noch die Istzahl.

Der **Vertreter von Dataport:** Im Jahr 2021 ungefähr 2,5 Millionen € - das ist ansteigend.

Vorsitzender Dr. Falko Grube: Die an sachsen-anhaltische Firmen gehen.

Abg. Elke Simon-Kuch (CDU): Das ist wie viel Prozent Ihres Gesamtausgabenvolumens?

Der **Vertreter von Dataport:** Wir haben ungefähr 140 Millionen €, die wir an Einnahmen über Sachsen-Anhalt beauftragt bekommen, und es gehen ungefähr 2,5 Millionen € an die regionale IT-Wirtschaft hier. Das messen Sie bitte daran, was angeboten wird. Ich habe Ihnen gesagt, an der Vergabe, die wir gerade haben, hat sich eines von 40 KMU beteiligt. Es ist nicht nur die Frage, wie konfiguriere ich Ausschreibungen, sondern auch, wie stelle ich mich für eine Nachfrage auf. Dafür muss man miteinander reden.

Abg. Thomas Staudt (CDU): Sie merken, dass diese Diskussion heute richtig und wichtig ist und seit ungefähr 120 Sekunden in anderem Licht steht. Sie machen ungefähr 1 Milliarde € Umsatz, kaufen für ungefähr 650 Millionen € Leistungen von Drittanbietern ein, worauf jeder seine Prozente aufschlägt - alles gut.

Wir in Sachsen-Anhalt haben - dafür sind wir gewählt worden -, wie es Herr Gürth und Herr Striegel gesagt haben, die Pflicht und auch den Wunsch, in Sachsen-Anhalt gute Arbeitsplätze, gute Bedingungen zu schaffen, damit die Leute hier gutes Geld verdienen. Dafür sind wir gewählt worden. Wir wollen in manchen Rankings nicht immer hinten sein.

Wir stellen ca. 7 % der Beschäftigten der Gesamtgesellschaft. Die Bundesländer sind, wenn man sich deren Größe anschaut - mit Ausnahme von Niedersachsen -, ähnlich groß. Mich würde interessieren - wenn Sie es nicht öffentlich machen können, dann vielleicht später -, wie viele Mitarbeiter arbeiten in den jeweiligen Ländern, die dazugehören, mit welchem Umsatz prozentual an der einen Milliarde.

Dass Sachsen-Anhalt nicht das Land ist, in dem es riesengroße Internet- und IT-Dienstleister gibt, die das können, ist logisch, aber es gibt welche. Sie können natürlich nicht an der Ausschreibung vorbei. Das wollen wir auch gar nicht. Das hat niemand verlangt. Wir möchten aber schon - das müssen Sie mitnehmen - mehr als 2,5 Millionen € der Kohle im Land lassen.

Wenn es nicht über Vergaben geht, dann möchten wir oder ich von Ihnen zumindest eine Aussage haben - vielleicht nicht jetzt, aber im Nachhinein -, wie kann man den Mitarbeiterumsatz erhöhen. Ich weiß nicht, wie viele Mitarbeiter Sie in Bremen mit 600 000 Einwohnern haben. Ich vermute, es sind mehr als 300. Ich glaube nicht, dass Bremen viel mehr zahlt als 140 Millionen € wie Sachsen-Anhalt. Mich interessiert, wie viel zahlt Bremen. Also, können wir in Sachsen-Anhalt auch mehr machen für andere Länder, irgendetwas anbieten, unsere Mitarbeiter, die bei Ihnen angestellt sind, oder sind es nur diese 300 von den 4 400 Mitarbeitern und darauf ist der Deckel? Das Delta zwischen 140 Millionen € und 2,5 Millionen € muss in Zukunft, durch welche Mittel auch immer, kleiner werden. Das muss zumindest versucht werden.

Vorsitzender Dr. Falko Grube: Ich habe das Gefühl, wir sehen uns bald wieder. Ich möchte Sie motivieren, uns das aufzuarbeiten: Welches Land gibt wie viel in Auftrag? Wie viele Leute arbeiten dort? Was wird an Umsatz generiert? Das würde ich beim nächsten Mal gern erfahren. Ein Tortendiagramm wäre ganz nett.

Der Vertreter von Dataport: Unser Geschäftsmodell besteht nicht darin, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Sachsen-Anhalt ausschließlich für die Landesverwaltung in Sachsen-Anhalt arbeiten - das wäre ineffizient -, sondern das Geschäftsmodell besteht darin, dass wir die Kompetenzen, die wir bekommen, bei den Kunden einsetzen, bei denen wir sie brauchen. Das mobile Arbeiten verstärkt das übrigens, ermöglicht das. Beim Berater ist das ein bisschen anders. Der muss zu höheren Anteilen vor Ort sein. Es ist natürlich klug, wenn man

einen Auftrag aus Magdeburg hat, dass der Berater dann auch aus Sachsen-Anhalt kommt, allein schon deshalb, weil der Reiseweg dann wirtschaftlicher und wirtschaftlicher zu kalkulieren ist. Wenn es aber eine Spezialexpertise ist, dann kommt sie woanders her. Wenn eine Spezialexpertise in Halle oder Magdeburg ist und wir brauchen sie für einen Kunden in Hamburg, Kiel oder Bremen, dann kommt er eben aus Magdeburg oder Halle dorthin.

Bei den technischen, administrativen Tätigkeiten, die nicht zum Kunden müssen, ist es völlig egal, wo Sie sitzen; die Hauptsache ist, wir haben sie. Das heißt, wir organisieren uns die Ressourcen am Arbeitsmarkt im gesamten Norden. Wir schreiben übrigens mittlerweile weit überwiegend standortübergreifend aus. Das heißt, wir nehmen die Leute dort, wo wir sie bekommen. Das Schöne ist, dass wir sie, wenn man sich die Wachstums- bzw. Steigerungsraten anschaut, gerade in Sachsen-Anhalt, insbesondere am Standort Halle auch gut bekommen kann. Deswegen ist es ein wachsender Standort.

Jetzt müssen Sie sozusagen in Ihrer Wertschöpfungskette berücksichtigen - ich habe die Anregung aufgenommen; wir werden das aufbereiten -, dass wir, indem wir mit einem höheren Anteil an Mitarbeitern aus Sachsen-Anhalt die Dienstleistungen auch für andere erbringen, auch einen Beitrag zur Stärkung des Standorts in Sachsen-Anhalt und der IT-Kompetenzen erbringen, genauso wie über die Zusammenarbeit mit den Institutionen der Aus- und Fortbildung, insbesondere mit der Hochschule Harz, mit der wir zusammenarbeiten.

Sie müssen dabei außerdem berücksichtigen, dass die Partner, die wir an Bord nehmen, über Dataport auch außerhalb des sachsen-anhaltischen Marktes ihre Angebote platzieren können.

Ihre Botschaft habe ich gehört, aber Sie haben meine Botschaft auch gehört, dass es eine Korrelation von Angebot und Nachfrage ist.

Abg. Matthias Redlich (CDU): Ich würde mich dem Ganzen gern von einer anderen Seite nähern. Klar kann man sagen: günstige Preise nur über Masse. Es gibt gerade in der IT sehr viele Unternehmen, die sehr agil sind und das Ganze auch mit agilen Methoden machen und es in kleine Pakete herunterbrechen. Das hätte man, wenn man von der Steuerung her kommt, vielleicht anders herunterbrechen können. Ich sage deshalb, von einer anderen Seite nähern, weil mich Folgendes interessiert: Es steigt auch der Kontrollaufwand, je größer ich die Pakete schnüre. Wie viele Projekte - vielleicht können Sie das nachliefern, wenn Sie die Zahlen nicht parat haben - werden innerhalb der Budgetgrenzen und in der Zeit fertig, sodass der Auftrag erfüllt ist? Meistens ist es so, dass IT-Projekte zwar funktionieren, aber man spätestens nach der Hälfte oder kurz vor dem Ende feststellt, jetzt müssen wir Pakete verkleinern oder brauchen wesentlich mehr Geld, um die Mitarbeiter länger zu beschäftigen. Das ist ein Aspekt, gerade dann, wenn man kleinere Unternehmen frühzeitig einbindet und die Steuerung selbst in der Hand hat, nämlich über die Pakete, dass man Innovationen und agiles Prozessmanagement besser hinbekommt, als wenn man es fremd vergibt und dann den

Kontrollaufwand hat. Wie ist im Augenblick der Stand bei den Projekten? Wie ist das Ergebnis in den unterschiedlichen Ausschreibungen, die Sie durchführen? Gibt es dazu Zahlen? Kontrollieren Sie das überhaupt?

Der Vertreter von Dataport: Wir haben über alle Dataportprojekte, die bei uns beauftragt sind, ein einheitliches Controlling und auch ein einheitliches Berichtswesen, um rechtzeitig zu erkennen, ob die Umsetzung von Projekten im Budget- und im Zeitrahmen ist oder ob zusätzliche Risiken während der Projektdauer aufschlagen. Eines der klassischen Risiken ist - das werden Ihnen Kolleginnen und Kollegen aus der Industrie bestätigen -, dass auf der Strecke eines Softwareentwicklungsprojektes zusätzliche Anforderungen auftauchen. Welches Wunder! Agile Methode. Dem Auftraggeber ist noch etwas aufgefallen oder er hat das erste Produkt gesehen und gesagt, es ist schon ganz gut, aber ihm fällt noch etwas ein, was er zusätzlich haben will. Was man zusätzlich haben will, das steigert letztlich immer den Aufwand und verändert den Kostenrahmen. Das ist klassisches Change Request, das sich im Kosten- und Zeitplan abbildet. Das ist das klassische Risiko von Softwareentwicklung. Man kann versuchen, es durch agile Methoden einzudämmen. Es kann aber trotzdem passieren, dass auf der Strecke genau so etwas passiert.

Ich kann Ihnen das gern aufbereiten. Ich glaube aber nicht, dass es davon abhängt, ob ich es mit einem kleinen oder großen Unternehmen zu tun habe. Vielmehr hängt es im Kern von der Qualität des Projektmanagements ab - der Kunde will etwas; wir reden bei agiler Softwareentwicklung mit dem Nutzer, den muss ich einbinden -, dass das Team der Softwareentwickler und das Projektmanagement richtig interagieren und nicht aneinander vorbeireden. Darin steckt eigentlich das Geheimnis. Das hat weniger damit zu tun, ob es ein großes oder ein kleines Unternehmen ist, sondern vielmehr damit, funktioniert das Projektmanagement. Wer hat das? Es gibt gute Leute bei Dataport. Es gibt gute Leute in der Industrie. Wir versuchen, gute Leute zu akquirieren, wo es nur geht, intern und extern, um diese Projekte im Kostenrahmen zu halten und voranzubringen. Eine Zahl kann ich jetzt nicht auswerfen. Sie wollten ja eine Zahl haben, sind die Projekte im Kostenrahmen oder nicht. Das kann ich nicht aus dem Handgelenk schütteln.

Vorsitzender Dr. Falko Grube: Dann wäre das Nachliefern eine sinnvolle Variante.

Abg. Sven Czekalla (CDU): Ich konnte Ihrer Powerpoint-Präsentation entnehmen, dass Sie ungefähr 4 200 Mitarbeiter in Deutschland haben und ungefähr 1 Milliarde € Umsatz erzielen. Heruntergerechnet auf den Umsatz pro Mitarbeiter wären das round about 240 000 € pro Mitarbeiter. Wenn wir die 300 Mitarbeiter in Sachsen-Anhalt nehmen, die wir auf die Standorte Halle und Magdeburg verteilt haben, dann wären das mehr als 70 Millionen € Umsatz bei 140 Millionen €, die Sachsen-Anhalt an Dataport zahlt.

Sie haben ausgeführt - das ist richtig -, es gibt Probleme in der regionalen IT-Wirtschaft, dass die Strukturen nicht passen, dass das Angebot fehlt. Meine Frage ist, welche Pläne haben

Sie, was Ihre strategische Unternehmensentwicklung in Sachsen-Anhalt angeht, um diese Standorte entsprechend auszubauen, damit der Teil größer wird - es ist eine beträchtliche Summe, die wir an Dataport geben -, der hier in Sachsen-Anhalt bleibt

Der Vertreter von Dataport: Als ich das erste Mal - ich glaube, damals war es der Finanzausschuss - nach dem Beitritt von Sachsen-Anhalt zu Dataport Rede und Antwort gestanden habe, habe ich schon gesagt, dass wir bei den beiden Standorten bleiben werden und dass sie sich auch entwickeln würden. Diese Zusage - ich weiß nicht mehr, ob es im Jahr 2013 oder im Jahr 2014 war - habe ich eingehalten; das habe ich Ihnen gerade mit den Zahlen belegt. Ich prognostiziere auch, dass sich beide Standorte weiterentwickeln werden. Beleg dafür ist, dass wir in Halle - das hatte ich vorhin erwähnt - aus der Barbarastrasse in eine andere Liegenschaft gezogen sind, in der wir mehr räumliche Entwicklungsmöglichkeiten haben, um den Arbeitsmarkt ausschöpfen und uns weiterentwickeln zu können.

In Magdeburg ist der Büroarbeitsmarkt etwas schwieriger, aber wir sind auch dort auf der Suche, weil wir insbesondere von dieser klassischen verwaltungstechnischen, ich sage einmal despektierlich, Zellenhaltung der Mitarbeiter weggehen und stärker zu offenen Flächen kommen wollen, mit denen das interaktive Arbeiten unterstützt wird. Auch dabei wollen wir uns verändern und weiterentwickeln.

Natürlich ist Magdeburg ein anspruchsvoller Standort, weil er von der IT-Wirtschaft in Anspruch genommen wird. Man wird sehen, was passieren wird, wenn Intel dort seine Fabrik baut. Dann werden wir ganz anders konkurrieren und einen anderen Wettbewerb um Ressourcen haben als an anderen Standorten.

Generell ist unsere Rekrutierungsstrategie auf Fläche ausgelegt. Sie haben vielleicht gesehen, dass wir an einzelnen Standorten, auch im Norden, in Schleswig-Holstein mit sogenannten Hubs operieren. Wir versuchen, inhaltliche Angebote und Mitarbeiterrecruiting in der Fläche miteinander zu verbinden - damit haben wir ganz gute Erfahrungen gesammelt; wir haben auch kleinere Standorte; in Husum waren es ursprünglich drei, jetzt sind es knapp zehn Mitarbeiter -, um Leute aus der Fläche zu motivieren, zu uns zu kommen, womit sie gleichzeitig - das ist ein wichtiges Motiv für sie - weniger Fahrtzeit haben. Wir bieten ihnen Arbeitsräume, in denen sie über Videokonferenzen mit den anderen einfacher kommunizieren können und zu denen sie keine langen Wegstrecken haben. Es ist ein Modell, das auch für Sachsen-Anhalt interessant ist, also Coworking in der Fläche weiter auszubauen, um für Rekrutierung interessant zu sein.

Abg. Sven Czekalla (CDU): Eine Nachfrage. Wir geben in Sachsen-Anhalt für die Digitalisierung deutlich mehr Geld aus. Ich formuliere meine Frage anders. Wo sehen Sie den Standort Sachsen-Anhalt, was die Mitarbeiterzahlen angeht, in fünf bzw. zehn Jahren?

Der Vertreter von Dataport: Haben Sie dazu eine Zahl?

Der Vorsitzende des Verbandes der IT-und Multimediaindustrie Sachsen Anhalt: Nein.

Abg. Sven Czekalla (CDU): Sie haben schön ausgeführt, was Sie alles machen, aber Sie müssen es einmal quantifizieren und konkret sagen, das sind unsere strategischen Entwicklungsziele für Sachsen-Anhalt; wir bekommen das und wollen die Mitarbeiterzahl an den Standorten Magdeburg und Halle in fünf Jahren, in zehn Jahren von 300 auf die oder die Zahl erhöhen. Wenn ich die Umsatzzahlen zugrunde lege, dann müssten Sie mit Stand heute fast 600 Mitarbeiter in Sachsen-Anhalt haben, und die haben Sie nicht.

Der Vertreter von Dataport: Ich habe Ihnen gerade beschrieben, dass diese Standorte auf Wachstum ausgerichtet sind. Das Wachstum hängt aber nicht davon ab, ob ich das will, sondern davon, ob ich die Leute bekomme. Der Arbeitskräftemarkt hat sich mittlerweile radikal verändert. Wir müssen um die Ressourcen kämpfen. Wir müssen um sie werben. Ich muss sie aber auch bekommen.

Wenn Sie mich nach einem Ziel fragen, dann ist es natürlich mein Interesse, die Mitarbeiterzahl am Standort Halle zu verdreifachen. Ich muss die Ressourcen aber auch bekommen. Dann weiß ich immer noch nicht, ob ich Sie zufriedenstellen kann; denn ich kann nicht verhindern, dass sich auch Leute aus Leipzig für einen Arbeitsplatz in Halle bewerben, genauso wie ich nicht verhindern kann, dass jemand aus dem Randgebiet von Niedersachsen gern nach Magdeburg fährt, um dort zu arbeiten.

Ich prognostiziere Ihnen für beide Standorte, auch in der Fläche, wir werden deutlich wachsen, weil wir die Ressourcen eher in der Fläche bekommen.

Abg. Sven Czekalla (CDU): Eine kurze Nachfrage, und zwar, mehr Geld bedeutet natürlich auch mehr Aufgaben für Dataport. Es ist die Frage, wo ich die Aufgaben erfülle. Damit sind wir an dem Punkt, wohin ich eigentlich wollte, dass Sie sagen, wir bemühen uns darum, die Mehraufgaben, die wir haben, in Magdeburg bzw. Halle abzubilden. Dann kommen die Mitarbeiter ein Stück weit nach. Ich suche ja nicht erst die Mitarbeiter und schaue dann, welche Aufgaben ich habe, sondern ich habe mehr Aufgaben mit dem Geld, das wir in das System mehr hineingeben. Darum ging es mir eigentlich, dass Sie sagen, für uns sind Halle und Magdeburg der neue Geschäftsbereich OZG, oder irgendetwas anderes. Dahin wollte ich ein Stück weit und dachte, dass Sie darauf eingehen und hier im Prinzip nicht nur das Lied vom Fachkräftemangel singen.

Der Vertreter von Dataport: Genau so funktioniert es eben nicht. Wir sind bei der Rekrutierungsstrategie davon weg, dass wir gesagt haben - das haben wir früher gesagt -, die Arbeitsgruppe sowieso, klassischerweise Steuer-IT, ist in Magdeburg und die Softwareentwicklung ist in Halle. Wir rekrutieren überall - wie die gesamte IT-Wirtschaft -, flächendeckend, danach, dass wir die Ressource überhaupt bekommen, egal, wo sie ist. Das heißt, wir operieren nicht mehr nach dem Konzept, Softwareentwicklung ist in Halle und an den ande-

ren Standorten stellen wir keine Softwareentwickler mehr ein. So funktioniert der Arbeitsmarkt einfach nicht mehr.

Was für die Standorte Halle und Magdeburg - übrigens auch für Rostock -, für diese mittleren Standorte, in der Entwicklungsperspektive spricht, ist, dass wir deutlich merken, dass die Arbeitsmärkte in Hamburg und im Umland oder in Kiel und im Umland aufgrund der Wettbewerbssituation sozusagen ausgelutscht sind. Das ist etwas, was ganz klar für die beiden Standorte, die ich angesprochen habe, spricht und was auch dafür spricht, Coworking in Sachsen-Anhalt in der Fläche auszubauen, etwa in Dessau oder wo auch immer, dort zu rekrutieren und deutschlandweit anzubieten.

Abg. Matthias Büttner (Staßfurt) (AfD): Zunächst möchte ich ausführen, dass mir in dieser Debatte bisher der kritische Blick auf sich selbst fehlt, d. h. der kritische Blick auf die Politik. Es ist durchaus so, dass 2,5 Millionen € von den Summen, die in Rede stehen, sehr wenig sind, aber es ist nun einmal so, dass man nur etwas ausgeben kann, wie es der Vertreter von Dataport ausgeführt hat, wenn sich tatsächlich jemand bei diesen Vergabeverfahren bewirbt. Ich denke, wir sind in Sachsen-Anhalt, was das angeht, sehr schlecht aufgestellt, bei KMU oder Firmen, die das anbieten, was gefragt ist. Ich bin der festen Überzeugung - das möchte ich von Ihnen genauer wissen -, dass ein Handlungsbedarf für die Politik besteht. Ich denke z. B. an Bürokratieabbau. Ich habe selbst einmal den Beruf des Informationselektronikers erlernt. Ich kenne viele in dem Bereich und ich kenne auch Menschen, die sich schon vor einiger Zeit in diesem Bereich selbstständig gemacht und dieses Gewerbe nach ein paar Wochen wieder abgemeldet haben, weil Sie merkten, dass sie gleich zehn Briefe von irgendwelchen Institutionen bekamen, die irgendetwas wissen wollten. Stichwort „Bürokratieabbau“, das ist eine Sache, mit der wir uns im Landtag unbedingt beschäftigen müssen, um auch solche Probleme in Zukunft besser in den Griff zu bekommen. Das ist meine feste Überzeugung. Oder überhaupt, wie kann man besser fördern, Neugründungen und Start-up-Unternehmen, das sind alles Themen, die bei diesen Problemen eine Rolle spielen.

Die Frage an Sie, was denken Sie, kann die Politik in Sachsen-Anhalt tun, damit das Land die hier angesprochenen Probleme ausräumen kann, damit mehr Mittel in das Land zurückfließen, d. h., mehr Aufträge hierhin vergeben werden. - Das ist meine erste Frage.

Meine zweite Frage ist, Sie haben vorhin ausgeführt, wie ich es gerade sagte, dass Aufträge über 2,5 Millionen € an Firmen im Land Sachsen-Anhalt vergeben worden sind, und zwar direkt, wenn ich es richtig verstanden habe. Haben Sie Erkenntnisse, wie hoch die Summe der Mittel in etwa ist, die, über Umwege, an Subunternehmen in Sachsen-Anhalt abgeflossen sind? Das interessiert mich auch.

Der Vertreter von Dataport: Die zweite Frage: Das kann ich nicht aus dem Handgelenk schütteln. Wir können aber versuchen, das annäherungsweise herauszufinden, indem wir

unsere Partnerunternehmen danach befragen, ob sie uns diese Zahlen liefern können. Ich brauche sie ja nur statistisch; ich brauche sie nicht personenbezogen.

Zur ersten Frage. Das ist für mich ein bisschen schwierig; denn es liegt nicht in meiner Verantwortung, Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik in Sachsen-Anhalt zu betreiben. Ich glaube aber, dass der Ansatz, über Ökosysteme, also über Netzwerke zu gehen, genau der richtige ist, weil ein Unternehmer, egal, wo er ist, Vertrauen braucht, dass er, wenn er eine Investition in eine bestimmte Kompetenz leistet, etwa die Entwicklung dieses oder der Betrieb jenes, sehr reale Chancen hat, einen entsprechenden Zuschlag zu bekommen. Dieses Vertrauen entsteht nur über entsprechende Netzwerke und wächst dann.

Ich kann am Ende des Tages die unternehmerische Verantwortung nicht denjenigen abnehmen, die sich am Markt beteiligen; das ist nicht meine Aufgabe. Meine Aufgabe ist es aber, dafür zu sorgen, dass wir die Kompetenzen kennen und wissen, was wir wollen, und uns entsprechend darauf einstellen, womit wir beauftragt werden. Das wäre der Beitrag, den wir aktiv leisten und leisten können, um die heimische Wirtschaft, die regionale Wirtschaft zu stimulieren und zu motivieren, sich auf uns einzulassen und zu wachsen.

Vorsitzender Dr. Falko Grube: „Entwicklung der Ökosysteme“ ist ein gutes Stichwort. Dataport und Sachsen-Anhalt sind seit fast zehn Jahren ein Paar. Wir sind jetzt bei 2,5 Millionen € angelangt. Wie hat sich denn das Ökosystem in den letzten zehn Jahren entwickelt?

Der **Vertreter von Dataport:** Wachsend. Wir hatten die letzten zwei Jahre Steigerungsraten. Wir haben aber noch nie einen solchen Schub über neue Angebote gehabt wie über das OZG. Das ist eine neue Konstellation. Wir sind erst jetzt in der Lage - Sie hatten in Ihren Fragen darauf hingewiesen, dass Sie erst jetzt Geld in großem Umfang bereitgestellt haben -, diese Aufgaben zu erledigen. Wenn ich mich an die letzten Jahre erinnere, dann war Schmalhans Küchenmeister. Priorität 1 war es, Geld zu sparen, und nicht, Geld auszugeben. Das ist schon eine neue Situation, auf die sich die Märkte einrichten und einstellen müssen.

Abg. Kerstin Eisenreich (DIE LINKE): Ich möchte an die Ausführungen von Herrn Czekalla anschließen. Sie sind knapp zehn Jahre im Land unterwegs. Sie haben geschildert, dass Sie Probleme haben, in Magdeburg Räumlichkeiten zu finden, aber Sie haben auch geschildert, dass Sie Probleme haben, Fachkräfte zu finden. Dazu von meiner Seite die Nachfrage: Haben Sie eine kritische Analyse von sich selbst vorgenommen, warum sich Fachkräfte für Standorte in Sachsen-Anhalt nicht bewerben? Sie sind am Ende darauf gekommen zu sagen, wahrscheinlich müsste man einmal gucken; diese Hub-Lösungen, wie sie in Husum etc. gefunden wurden, wären vielleicht etwas. Ich sage einmal, wenn man zehn Jahre lang agiert, wäre es dann nicht eher sinnvoll gewesen, diesen Ansatz zu verfolgen. Welche Hemmnisse sehen Sie objektiv - abgesehen von den Fachkräften selbst - gegebenenfalls standortmäßig, warum es bisher noch nicht in Ihrem Blickwinkel war, so vorzugehen?

Der **Vertreter von Dataport**: Wir wachsen an allen Standorten. Insofern kann man nicht sagen, dass wir im Rekrutieren erfolglos wären. Wir wachsen an allen Standorten, über alles hinweg.

Wenn Sie sich Bewerberplattformen wie „Kununu“ im Internet anschauen, auf denen uns Bewerber, aber auch Mitarbeiter bewerten, dann sehen Sie, wir sind ziemlich gut. Wir stehen in den öffentlichen Rankings als attraktiver Arbeitgeber nicht schlecht da; wir stehen gut da; wir gehören immer zur Spitzengruppe. Das heißt, wir bieten offenbar gute Arbeitsplätze und machen gute Angebote.

Das, was wir brauchen, ist ein entsprechendes Flächenangebot, um attraktiv zu sein. Jetzt müssen wir uns noch einmal verändern und umstellen. Jetzt merken wir auf dem Arbeitsmarkt, gerade nach der Coronaerfahrung, dass sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter danach ausrichten, möglichst nicht in das Büro zu kommen. Die Fläche interessiert jetzt gar nicht mehr so. Wir müssen sie schon motivieren, auf die Fläche zu kommen, weil mobiles Arbeiten von Zuhause aus eben auch attraktiv ist. Darauf stellen wir uns ein. Das führt automatisch dazu, dass die Rekrutierungs- und Infrastrukturen anders funktionieren und anders laufen, aber daran orientieren wir uns gerade, weil wir mobiles Arbeiten anbieten.

Noch einmal: Meine Prognose ist, dass die Mitarbeiterzahl sowohl in Magdeburg als auch in Halle wachsen wird; sie wird steigen. Ich entnehme Ihrer positiven Reaktion auf meine Beschreibung der Digital-Hubs, dass Sie das Konzept, in der Fläche präsent zu sein, attraktiv und gut finden. Das ist ja eine Unterstützung.

Abg. Konstantin Pott (FDP): Ich glaube, dass der Austausch heute recht wichtig war. Deswegen schlagen wir vor, den Selbstbefassungsantrag heute nicht für erledigt zu erklären, sondern im nächsten Jahr nach der Sommerpause wieder aufzurufen, damit wir in einem regelmäßigen Austausch sind.

Die Frage, die sich für mich noch ergeben hat: Ich war ein bisschen überrascht, dass sich nur ein Unternehmen aus Sachsen-Anhalt bei einer Ausschreibung beworben hat. Gibt es bestimmte Grundvoraussetzungen, Größe, Standard oder Sicherheitsfragen, die Sie ansetzen, wenn Sie sagen, Sie geben eine Leistung weiter, oder sagen Sie, Sie richten es an dem aus, was gefordert ist, daran, welche Leistung am Ende erbracht werden soll?

Der **Vertreter von Dataport**: Das, was ich als Beispiel genannt habe, war eine große Ausschreibung mit großem Volumen. Ich habe die Zahl der Nachunternehmer genannt; das waren 40. Darunter gibt es einen Kleinen, der kleiner ist als der kleinste IT-Anbieter in Sachsen-Anhalt. Also, Größe ist nicht das Thema. Wenn man das will, dann kann man das.

In allen Ausschreibungen - sowohl bei den großen als auch bei den kleinen - unterbreiten wir immer das Angebot, Bietergemeinschaften zu bilden, damit sich KMU zusammenschließen und organisieren können. Das ist für die KMU ehrlicherweise nicht ganz einfach, weil Wett-

bewerber zueinanderfinden und sich gemeinsam organisieren müssen. Das kann den Steuerungsaufwand erhöhen, aber wir machen es, um es zu ermöglichen, dass diejenigen, die auf dem Markt sind, nicht gegeneinander handeln, sondern ihre Kräfte miteinander bündeln, auch wenn sie kleiner sind.

Das Beispiel, das ich gerade erwähnt habe, von diesem einen Unternehmen: Das ist halb so groß wie der kleinste IT-Unternehmer, den ich von den bisherigen Vergaben kenne, der sich in Sachsen-Anhalt bewegt. Wir behindern das nicht. Wir wollen das. Ich werte das eher so: Angebot und Nachfrage müssen zueinander passen. Es ist eine unternehmerische Entscheidung zu sagen, mache ich oder nicht. Aber auch wir müssen uns - das habe ich deutlich gemacht - deutlicher in den Ökosystemen bewegen, um diese Rate zu steigern.

Vorsitzender Dr. Falko Grube: Okay. - Bei der Frage, ob wir den Selbstbefassungsantrag für erledigt erklären oder nicht, bin ich relativ schmerzfrei, ein Jahr wäre mir aber zu lang. Wir wissen noch nicht, wann die letzte Haushaltsberatung bei uns stattfindet, ob wir das im Dezember oder Januar schaffen. Ich hätte daher Februar gesagt, damit wir etwa ein halbes Jahr haben. Wir hatten ein paar Nachfragen und haben Hausaufgaben mitgegeben. Es wäre lieb, wenn Sie das beim nächsten Mal vortragen. Dann hätten wir an der Stelle ein gutes Update. Also, es geht darum, die Frage aufzuarbeiten, was an unternehmensinterner originärer Wertschöpfung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch an Wertschöpfung durch Fremdvergaben auch im Vergleich zum Haushaltsvolumen entsteht, und zwar nicht nur für uns, sondern für alle Trägerländer, damit man einen Vergleich hat und ein Gefühl dafür bekommt, wo wir stehen, und es geht darum, was ich gefragt habe, wie sich das Ökosystem seit dem Beitritt des Landes zu Dataport entwickelt hat, damit man ein Gefühl dafür bekommen kann, was an Stimuli durch Dataport gegeben wird.

Also, wir terminieren auf Februar. Wenn die Landesregierung mit dem Haushalt länger braucht, dann verschieben wir das vielleicht um einen Monat. Gibt es irgendjemanden, der das Verfahren nicht gut findet? - Dann ist das einvernehmlich und wir machen es so.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Beitrag der Deutschen Telekom AG zur Digitalisierung im Land Sachsen-Anhalt und Abarbeitungsstände der vertraglich gebundenen Leistungen

Selbstbefassung Ausschuss für Infrastruktur und Digitales - **ADrs. 8/AID/14**

Der Ausschuss hat sich in der 8. - öffentlichen - Sitzung am 13. Mai 2022 darauf verständigt, die Beratung in der heutigen Sitzung mit Vertretern der Deutschen Telekom AG durchzuführen. Er ist vor Eintritt in die Tagesordnung übereingekommen, die Beratung in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil zu gliedern.

Der **Beauftragte der Deutschen Telekom für Landespolitik Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern/Sachsen-Anhalt**: Wie angekündigt, werden wir unseren Vortrag zweiteilen, in einen öffentlichen und nichtöffentlichen Teil, der dann auch die Vertragsinhalte beinhaltet.

Wir haben eine Präsentation mitgebracht. (Die Präsentation wurde als Tischvorlage verteilt und im Nachgang der Sitzung als **Vorlage 1** bereitgestellt.) Ich möchte an der Stelle nicht die Deutsche Telekom als Gesamtkonzern vorstellen; das würde den Zeitrahmen sprengen. Ich möchte mich darauf konzentrieren, was wir hier in Sachsen-Anhalt machen.

Zunächst ein paar Schlagworte, um in den Austausch zu kommen. Wir haben in Sachsen-Anhalt rund 1 400 Mitarbeiter. Wir haben das Hochleistungsrechenzentrum in Biere und Magdeburg. Das ist wirklich ein ganz wichtiger Knotenpunkt für uns. Das ist einer der modernsten Standorte in Deutschland und Europa. Wir haben den Digitalpakt zwischen dem Land und uns als institutionelle Plattform. Unsere Zukunftstechnologien sind Glasfaser und 5G; denn klar ist, erfolgreiche Digitalisierung kann nur mit einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur klappen; dafür wollen wir sorgen.

Lassen Sie uns auf den Festnetzteil gucken. Ich will auch hierzu nur einige Indikatoren, Eckzahlen darstellen, um in das Gespräch zu kommen. Bereits heute erreichen wir 80 % der Haushalte mit mehr als 50 MBit/s. Das reicht uns nicht aus; wir wollen Glasfaser ausrollen. Diese Kapazitäten fahren wir gerade hoch. Ab dem nächsten Jahr wollen wir in einen Zielkorridor eintreten in der Größenordnung von rund 50 000 Haushalten, die wir jährlich an das Glasfasernetz anschließen. „Fibre to the Home“, also in die Wohnung, ist das Schlagwort.

Wir haben eine durchschnittliche Haushaltsgröße von knapp zwei Personen, d. h., bei 50 000 Haushalten wollen wir pro Jahr 100 000 Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen-Anhalt ein Angebot unterbreiten, zum Glasfasernetz zu wechseln; ab dem Jahr 2023, habe ich geschrieben. Wir sind bereits in diesem Jahr nahe dran. Das heißt, es sind realistische Szenarien, trotz Fachkräftemangel, mit dem wir uns auch beschäftigen müssen, und Lieferengpässen.

Trotzdem wird das mit dem Ausbau in Magdeburg, der angekündigt ist, ab dem nächsten Jahr unser Zielkorridor sein.

Die Glasfaseranbindung der Schulen - darauf werden meine Kollegen im nichtöffentlichen Teil eingehen - ist natürlich ein ganz wichtiges Projekt auch für das Land.

Unser Glasfaserausbau kann eigenwirtschaftlich oder gefördert stattfinden. Ich habe „eigenwirtschaftlich“ unterstrichen, weil wir den Großteil eigenwirtschaftlich ausbauen und hierfür keine Steuergelder nutzen wollen.

Wir bauen im städtischen und im ländlichen Bereich aus. Open Access ist für uns wichtig. Es ist vielleicht noch nicht so bekannt. Wir haben für unsere Glasfaserleitungen Verträge unterzeichnet, dass Wettbewerber Dienste über unsere Glasfaserleitungen anbieten können.

Lassen Sie mich kurz auf den Mobilfunk eingehen. Ich glaube, es ist uns allen wichtig und auch selbstverständlich, dass jeder möglichst überall Mobilfunkempfang hat. Jeder kennt die Mobilfunklochdiskussion. Auch hierfür investieren wir. In Sachsen-Anhalt betreiben wir mehr als 1 000 Mobilfunkstandorte. 80 % davon sind bereits mit Glasfaser angebunden. Das sind sehr hohe Zahlen, wenn Sie das z. B. mit Wettbewerbern vergleichen. Ungefähr die Hälfte dieser Standorte funkt bereits über 5G.

Die Netzabdeckung, die wir damit erreichen, liegt in Sachsen-Anhalt auf Basis der Haushalte - ich unterstreiche: der Haushalte - bei 99 % für 4G und bei 82 % für 5G. Ich glaube, das ist eine Zahl, die in den letzten 24 Monaten rasant gestiegen ist, die kaum jemand so auf dem Schirm hat; denn die wenigsten haben bis jetzt 5G-fähige Handys. Von daher: Wir rollen eine Technologie zu einem relativ frühen Zeitpunkt aus, bevor die meisten Endkunden das bereits nutzen können.

Das reicht uns natürlich nicht. Wir wollen die Funklöcher weiter stopfen. Wir wollen 5G weiter ausrollen. Rund 180 neue Standorte sind in den nächsten Jahren geplant. Gleichzeitig müssen wir die Lizenzauflagen berücksichtigen. Sie wissen, wir sind in engem Austausch mit der Bundesnetzagentur, um unter anderem Verkehrswege mit Mobilfunk zu versorgen.

Ich habe noch zwei Punkte mitgebracht. Was kann die Politik tun, um uns, aber auch unsere Branche dabei zu unterstützen, digitale Infrastruktur schneller, besser auszurollen? - Der erste Punkt: Wenn Sie sich die Größenordnung unserer Anträge - ich habe das eben genannt - für die Festnetzanschlüsse, aber auch für den Mobilfunk anschauen, dann sehen Sie, Genehmigungsverfahren sind für uns ein ganz wichtiges Thema. Schnelle, digitale, unbürokratische Genehmigungsverfahren sind das, was uns, aber auch der gesamten Branche weiterhilft. Das gilt im Festnetzbereich, aber auch im Mobilfunkbereich mit den Mobilfunkmasten. Ein Mobilfunkmast braucht durchschnittlich ungefähr 24 Monate von der Idee über die Planung bis zur Errichtung, manchmal länger.

Der zweite Punkt: mehr Akzeptanz für alternative Verlegungsmethoden. Das bezieht sich auf den Festnetzbereich. Bei der Technik wurden in den letzten Jahren einige Fortschritte erzielt. Neue Standards wurden ausgerollt. Wir werben dafür, dass wir diese einsetzen können.

Abg. Daniel Rausch (AfD): Sie sprachen das Hochleistungszentrum in Biere an. Ich kann mich erinnern, als es vor Jahren in der Planung war, war davon die Rede, diese Abwärme, die dort entsteht, zu nutzen. Es wurde damals groß in der Zeitung geschrieben, dass Haushalte in der Nähe diese Wärme vielleicht bekommen. Ich wollte fragen: Ist das realisiert worden oder ist noch etwas in der Planung?

Die zweite Frage lautet: Besteht die Möglichkeit, dass sich interessierte Ausschussmitglieder dieses Hochleistungszentrum einmal anschauen können?

Ein **Vertreter von T-Systems Magdeburg:** Das ganze Thema Energie und Abwärme beschäftigt uns seit Jahren an beiden Standorten, in Biere und Magdeburg. Es stellt sich die Frage, ob man das in einer sinnvollen Art und Weise nutzen kann. Wir werden das Thema weiter verfolgen, aber bis zum heutigen Zeitpunkt ist es uns auch mit anderen Partnern, mit dem Fraunhofer-Institut und mit etlichen anderen wichtigen Energiedienstleistern, nicht gelungen, weil es an Kontinuität fehlt. Es ist so unterschiedlich. Wir können nicht sagen, wir machen irgendetwas und dann ist es manchmal da. Damit ist keinem geholfen. Das ist uns leider bisher nicht gelungen.

Zu der Frage, ob man es einmal besuchen kann. Ich will Ihnen nichts versprechen, was ich hinterher nicht halten kann. Ich würde es gern versuchen. Das ist nicht simpel. Das Thema Sicherheit ist in diesem Datacenter natürlich eines der obersten Gebote. Auch die Coronapandemie hat dazu geführt, dass das alles verschärft wurde. Wir haben dort geteilte Betriebsteams, die auch geografisch strikt getrennt sind, damit sie sich nicht gegenseitig anstecken können. Deswegen sind wir ganz vorsichtig, was das Thema Besucher angeht. Ich nehme das gern mit.

Vorsitzender Dr. Falko Grube: Das klingt nach einem Ja, aber es dauert möglicherweise ein bisschen.

Der **Vertreter von T-Systems Magdeburg:** Genau. Jetzt haben wir es warm und es ist schön. Wir wissen nicht, wie es im Herbst sein wird. Es hängt auch davon ab, ob ich die Zustimmung aus dem Konzernlagezentrum bekomme. Dann würden wir das darüber machen.

Abg. Daniel Rausch (AfD): Wenn, dann gern nach Biere. Das ist bestimmt hochinteressant.

Abg. Kerstin Eisenreich (DIE LINKE): Ganz kurz zu einem Ihrer letzten Punkte. Sie haben geschrieben: „mehr Akzeptanz für alternative Ausbaumethoden.“ Vielleicht können Sie es kurz umreißen. Worin liegt die Akzeptanzproblematik?

Der Vertreter der Deutschen Telekom: Die Verlegungsmethoden sind unterschiedlich, auch unterschiedlich effizient, sowohl von der Verlegestrecke als auch von den Kosten her. Der klassische Tiefbau, wie es früher gemacht wurde, dass man eine Straße oder einen Gehweg aufreißt, ist mit am kostenintensivsten und auch am aufwendigsten. Deswegen ist die Branche quasi dazu übergegangen, alternative, neuere Verlegungsmethoden nutzen, unter anderem die Verlegung in Mindertiefe. Auch dabei wird der Aufbruch mit einem Bagger gemacht, das Kabel wird aber nicht ganz so tief verlegt wie früher im klassischen Tiefbau. Das führt dazu, dass die Leitungen sehr viel schneller, pro Tag, pro Meter, verlegt werden können. Deswegen wird das Ganze natürlich auch ein Stück weit kostengünstiger. Hierüber und über andere Verlegungsmethoden, z. B. Trenching, dass man die Straße, den Asphalt aufsägt, die ein bisschen kontroverser sind, führen wir in der Branche sehr intensive Gespräche. Wir sind auf der Bundesebene bemüht, dafür eine DIN-Norm zu schaffen, damit es standardisiert ist. Das Ganze zieht sich allerdings ein Stück weit.

Wir sprechen immer mit den Kommunen - das sind die Wegebausträger - und versuchen, jede einzelne Kommune davon zu überzeugen, dass, wenn möglich, alternative Verlegungsmethoden genutzt werden. Wie Sie sich vorstellen können, ist der Dialog in jeder einzelnen Kommune unterschiedlich. Wir werben dafür, nicht die Augen davor zu verschließen, sondern sich Kosten und Nutzen genau anzuschauen.

Abg. Matthias Redlich (CDU): Sie haben auf einer Folie zu stehen, was beim Ausbau konkret hilft. Dort steht: „schnelle, digitale und unbürokratische Genehmigungsverfahren“. Ich möchte gern nachfragen. Ich höre immer wieder, dass es zu Verzögerungen im Prozess kommt, dass es länger dauert, bis Sie Genehmigungen erhalten, dass es sich von drei Monaten auf sechs Monate verzögert. Inwieweit hat das Auswirkungen auf den Digitalisierungsprozess im ländlichen Raum? Verschieben sich dadurch Sachen, nicht nur um sechs Monate, sondern entstehen auch längere Verzögerungen? Wie könnte das Ganze aus Ihrer Sicht verbessert werden, sodass es schneller geht, dass Sie die Genehmigungen erhalten?

Der Vertreter der Deutschen Telekom: Bei dem wichtigsten Antragsverfahren nach § 127 TKG geht es darum, dass man die Straße aufbrechen darf. Weil es auch in der Vergangenheit Diskussionen darüber gab, existiert dafür bereits eine Frist. Diese Frist beträgt drei Monate. Danach tritt eine Genehmigungsfiktion in Kraft. Von daher sind wir mit den drei Monaten relativ sicher. Danach dürfen wir normalerweise ausbauen, aber allein diese drei Monate sind schon ein ziemlich langer Zeitraum. In vielen Kommunen klappt es viel schneller. Wir reden von einem Wunschzeitraum, der oft eingehalten wird, von vielleicht einem Monat. Diese Projekte wurden ja vorher schon vorgestellt; sie sind nicht völlig unbekannt. Es geht nur noch darum, es amtlich zu genehmigen.

Wie geht es besser? - Wir wünschen uns natürlich alles, was digital ist; das ist ganz klar. Dazu gibt es Planungen. Wir wünschen uns, dass es möglichst schnell ausgerollt wird, dass wir unsere Anträge digital stellen können.

Im Mobilfunkbereich ist es so, es gibt im Landesbaugesetz Zahlenwerte für Genehmigungsfreistellungen, dass also keine bauordnungsrechtlichen Genehmigungen erforderlich sind. Auch das wäre eine Stellschraube für das Land.

Vorsitzender Dr. Falko Grube: Wir haben das übrigens in der letzten Runde erhöht. Es sind jetzt, glaube ich, 15 m. Es waren einmal weniger.

Abg. Konstantin Pott (FDP): Ich habe drei Fragen. Wie schätzen Sie in Bezug auf den FTTH-Ausbau den Zeitplan für eine flächendeckende Erschließung ein? Wie ist aktuell die Fachkräftesituation in dem Bereich? Überbauen Sie auch Leitungen, sage ich einmal, von anderen Wettbewerbern oder bieten Sie Ihre Dienste nur über Ihre eigenen Leitungen an?

Der **Vertreter der Deutschen Telekom:** Die Größenordnung des Ausbaus habe ich dargestellt. Es sind rund 100 000 Bürgerinnen und Bürger pro Jahr, die wir jetzt bedienen wollen. Das ist die Planung, der Horizont, den wir realistisch für die nächsten Jahre angehen können. Wir versuchen, das weiter zu beschleunigen. Sie haben das Schlagwort „Fachkräftemangel“ gerade genannt. Wir hatten Genehmigungsverfahren, die sich auch hinziehen können, auch eventuell Lieferengpässe bei dem einen oder anderen. Von daher, die Baukapazitäten, aber auch die Planungskapazitäten - das darf man nicht unterschätzen - sind begrenzt, also auch die Planungskapazitäten, wenn wir Abfragen bekommen, wo baut ihr aus, wie sieht es genau aus. Die Fachkräfte sind sehr begrenzt. Es ist für uns als Deutsche Telekom schwer, große Abfragen vollständig zu beantworten. Wenn solche Abfragen kommen, dann müssen unsere eigenwirtschaftlichen Ausbauplanungen vielleicht hintenanstehen; dann gibt es Verzögerungen.

Unser Plan auf der Ebene von ganz Deutschland ist es, dass jeder Bürger spätestens bis zum Jahr 2030 einen Glasfaseranschluss bekommt, durch uns oder durch andere. Nicht alles kann die Deutsche Telekom machen; das ist klar. Wir haben heutzutage eine Vielzahl von Wettbewerbern; das ist klar. Wir versuchen, möglichst viel selbst auszubauen, eigenwirtschaftlich auszubauen, und möglichst viele Bürger zu versorgen.

Abg. Konstantin Pott (FDP): Die Frage wurde noch nicht beantwortet, ob Sie Leitungen überbauen oder Ihre Dienste nur über Ihre eigenen Leitungen anbieten.

Der **Vertreter der Deutschen Telekom:** Zum Thema Open Access hatte ich vorhin schon kurz gesagt, dass wir andere Wettbewerber auf unsere Leitungen lassen. Im Telekommunikationsbereich sind wir in einem Infrastrukturwettbewerb. Es ist quasi möglich, andere Leitungen zu überbauen. Unsere Leitungen werden auch tagtäglich überbaut; Wettbewerber überbauen uns. Ich schätze, Sie sprechen insbesondere den Glasfaserausbau an, wenn Glasfaser bereits irgendwo liegt. Das ist etwas, was wir aus markttechnischen Gründen nicht völlig ausschließen können. Ich sehe aber nicht, dass das in Sachsen-Anhalt großflächig passieren würde.

Wir hatten in den vergangenen Monaten bereits einen Austausch, bei dem Herr Schlömer anwesend war, bei dem wir das Thema mit den Wettbewerbern adressiert und nach Einzelfällen gefragt haben, ob so etwas vorkommt. Wir haben angeboten, mit den Wettbewerbern sofort in das Gespräch zu kommen, um solche Situationen aufzulösen.

Abg. Detlef Gürth (CDU): Zwei kurze Fragen. Die erste Frage betrifft 5G. Für 5G werden wir ungefähr eine Mastendichte haben, die doppelt so hoch ist wie für 4G, also LTE. Die Frage ist, wie ist Ihre Einschätzung zum aktuellen Stand. Man braucht wieder Genehmigungen. Es müssen mehr Masten aufgestellt werden, um die 5G-Netzabdeckung zu bekommen. Jeder Mast müsste eine Verbindung zum Glasfasernetz erhalten. Wie schätzen Sie den aktuellen Stand auf dem Gebiet Sachsen-Anhalts ein?

Zweite Frage: Die Telekom gewinnt viele Ausschreibungen für die digitale Infrastruktur, beim Glasfaserverlegen. Wir sehen, dass auf der sogenannten letzten Meile hier und dort immer noch Kupfer verlegt wird. Das heißt, dort, wo keine Leerrohre liegen, reißen wir wieder auf. Macht das Sinn? Kann man das abstellen? Die Datenmenge, die durch die Netze geht, wächst exponentiell, wenn wir uns unsere Handys anschauen, was in drei Jahren passiert, und die frustrierten Nutzer von Netflix oder was auch immer im Homeschooling. Also, die Datenmenge wächst. Macht eine letzte Meile aus Kupfer überhaupt noch Sinn? Sollte man das nicht besser lassen?

Dann noch ein Hinweis. Zu Recht ist das Thema Schachtgenehmigung manchmal ein Flaschenhals. Dann wird der Antrag bearbeitet usw. Der Hinweis ist, in Aschersleben, Ortsteil Freckleben - mit der Ministerin waren wir da - bauen sie eine vergessene Straße mit Glasfaser schön aus; das ist wunderbar, aber da ist eine sogenannte letzte Meile Kupfer, hängt ein zölliger schwarzer Gartenschlauch aus einem Kasten, in den sie hochmoderne Glasfaser in diesen Ortsteil gezogen haben, ein grauer Kasten. Von dort geht dieser Gartenschlauch mit dem Kupferkabel sozusagen im texanischen Stil an neu aufgestellten Holzmasten entlang zu den Endabnehmern. Die Telekom sagte allen Beteiligten, das machen wir nicht, obwohl die Stadt, dank Fördermitteln, die ganze Straße aufnimmt und grundhaft ausbaut. Man kann quasi fast gratis jeden Hausanschluss mit der wunderschönen Glasfaser ausstatten. Wenn das nicht passiert, dann hätten wir dort ein ganz blödes Telekomdenkmal. Es würde alles neu gemacht werden, ein wunderschönes Pflaster, Gasanschlüsse würden verlegt werden, aber die Deutsche Telekom hängt im 21. Jahrhundert an texanischen Holzmasten schwarze Kabel durch den Ort. Ich bin kein Freund der Telekom, aber das wäre, auch wenn sie pink wären, keine gute Werbung für die Firma. Vielleicht kann man sich den Vorgang noch einmal geben lassen und prüfen, auch wenn das für die paar Haushalte vielleicht nicht ganz wirtschaftlich ist. Es wäre wirklich blöd, wenn die Telekom mitten durch die Landschaft in 4 m Höhe ihre Kupferdrähte zieht.

Der Vertreter der Deutschen Telekom: Den Vorgang hatte ich schon auf dem Tisch; das gebe ich zu. Wir gucken darauf gern noch einmal.

Ich muss an der Stelle sagen: Die oberirdische Verlegung ist natürlich nichts, was wir in Deutschland flächendeckend haben wollen; das ist ganz klar. Es ist allerdings so, dass der Bundesverkehrsminister, also auch bundesweit, dafür wirbt, dass wir vermehrt oberirdisch bauen, weil das einfach viel schneller geht, viele Kosten spart. Das sind aber immer Einzelfälle. Wir sind auch immer mit den Kommunen im Gespräch. Wir machen das nicht flächendeckend und schauen es uns auch gern noch einmal an.

Zum Thema 5G. Ich hatte ausgeführt, 80 % unserer Mobilfunkmasten haben bereits Glasfaser. Das heißt, die Datenmengen können wirklich zu- und abgeleitet werden. Das ist ein sehr hoher Wert, den wir auch weiter ausbauen. Die Hälfte der Masten funkt bereits mit 5G. Diesen Anteil wollen wir weiter ausbauen. Das wird dazu führen, dass 5G immer mehr in die Fläche kommt.

Ich weiß, dass es in der Vergangenheit die Frage gab, wie viele Masten braucht es insgesamt. Das muss man differenziert sehen. Es gibt bei 5G wie auch bei den anderen Mobilfunkstandards Frequenzspektren, über die sie senden. Das ist wichtig, weil Sie über die Frequenzspektren im unteren Bereich sehr viel weiter senden können als über die im oberen Bereich. So schaffen wir es quasi auch mit Frequenzspektren im unteren Bereich, sehr weit, zumindest ein paar Kilometer weit, zu funken. Dadurch braucht es diese Mastschwemme, über die man vor ein paar Jahren noch diskutiert hat, ob man die Anzahl der Masten verzehnfachen muss, zumindest in absehbarer Zeit nicht. Das heißt, wir sind weiter dabei, unser Mobilfunkmastennetz zu erweitern, auszubauen, um Funklöcher zu schließen, aber auch für 5G. Es ist aber nicht so, dass alle 500 m ein 40-Meter-Mast stehen müsste; das ist nicht so.

Sie hatten als dritte Frage die letzte Meile Kupfer angesprochen. In der Tat - ich hatte es angesprochen -, 80 % der Haushalte werden mit mehr als 50 MBit/s versorgt. Darunter sind viele, die Vectoring bzw. Super Vectoring haben, also zwischen 50 MBit/s und 250 MBit/s bekommen. Das ist, glaube ich, ein Standard, mit dem man schon viel machen kann, mit dem wir uns aber nicht zufriedengeben. Deswegen hat sich die Deutsche Telekom gerade in den letzten Jahren, insbesondere in der Technik, im Baubereich sehr stark verändert. Unsere sogenannte Fiber Factory arbeitet daran, Glasfaser bis zum Endkunden auszubringen. Das ist das, was wir jetzt haben wollen, was wir in großem Stil umsetzen.

Abg. Sven Czekalla (CDU): Dann möchte ich direkt an den FTTH-Ausbau anknüpfen. Zwei Fragen. Wie viele Haushalte gibt es in Sachsen-Anhalt? - Das ist die erste Frage. Wie viele Haushalte in Sachsen-Anhalt verfügen aktuell über einen FTTH-Anschluss?

Der Vertreter der Deutschen Telekom: Die Anzahl der Haushalte in Sachsen-Anhalt müsste man nachschlagen. Das ist eine Zahl, die, glaube ich, öffentlich verfügbar ist. Das bekommt man schnell heraus. Wir als Deutsche Telekom können bereits jetzt eine sechsstellige Anzahl von Haushalten versorgen.

Abg. Sven Czekalla (CDU): Also 100 000?

Der Vertreter der Deutschen Telekom: Ja. Vielleicht auch ein bisschen mehr. Die Zahlen sind „homes passed“, d. h., die Glasfaserleitung liegt in der Straße. Man kann es buchen, allerdings müssen es die Bürger auch tun. Das ist ein ganz interessantes Thema. Wir können nur anbieten, dass wir Glasfaser verlegen, genauso wie alle anderen Unternehmen. Wir hoffen darauf, wenn wir ausbauen, wenn wir das Angebot unterbreiten, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Angebot auch annehmen, möglichst von Anfang an, damit der Bagger nur einmal durchrollen muss, damit alle Haushalte angeschlossen werden können; das wäre am effektivsten.

Abg. Sven Czekalla (CDU): Es gibt also keine Marktzahl, in Sachsen-Anhalt gibt es bereits so und so viele FTTH-Anschlüsse, unabhängig davon, ob das von der Telekom, von irgendwelchen Stadtwerken oder von der Deutschen Glasfaser ist? Die Zahl gibt es nicht?

Der Vertreter der Deutschen Telekom: Sie können besser, glaube ich, auf der Bundesebene in den Breitbandatlas schauen - die Zahl ist durchaus vorhanden - oder gegebenenfalls auch die Landesregierung fragen. Ich kann an der Stelle nur für die Deutsche Telekom sprechen, aber keinen Gesamtüberblick geben. Wie gesagt, es gibt den Breitbandatlas, in dem die Zahlen nach Technologien, nach Breitbandzahlen, inzwischen, glaube ich, auch für Glasfaser, auf jedes Bundesland heruntergebrochen sind. Darin sind diese Zahlen verfügbar.

Abg. Sven Czekalla (CDU): Sie schreiben, Sie wollen 50 000 Haushalte jährlich an das Glasfasernetz anschließen. Dann müssen Sie ja wissen, worauf sich die 50 000 beziehen. Das ist eine gute und richtige Zahl. Sie müssen den Markt kennen und wissen, wo mangelt es, wie viel kann ich überhaupt machen, was gibt der Markt her. Das fehlt mir an der Stelle, die Basis. Aber gut, das wäre vielleicht an anderer Stelle zu klären.

(Der Ausschuss tritt sodann in einen nichtöffentlichen Sitzungsteil ein. Hierüber wird eine gesonderte Niederschrift erstellt.)

(Unterbrechung der öffentlichen Sitzung von 12:08 Uhr bis 12:30 Uhr)

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

IT-Wirtschaftsverband des Landes Sachsen-Anhalt (VITM)

Selbstbefassung Fraktionen der CDU, SPD und FDP - **ADrs. 8/AID/17**

Der Ausschuss hat sich vor Eintritt in die Tagesordnung darauf verständigt, die Beratung in der heutigen Sitzung mit einem Vertreter des Verbandes der IT-Wirtschaft Sachsen-Anhalts durchzuführen.

Der **Vorsitzende des Verbandes der IT-und Multimedialindustrie Sachsen Anhalt (VITM)**: Es soll in meinem Vortrag darum gehen, ein Bild von der IT-Branche in Sachsen-Anhalt zu zeichnen und davon, welche Potenziale wir haben, um das eine oder andere, über das hier diskutiert wurde, tatsächlich umzusetzen.

Kurz zum VITM. Es ist ein Arbeitgeberverband. Es ist einer der wenigen IT-Arbeitgeberverbände, die es in der Bundesrepublik gibt. Wir waren ein bisschen raumgreifend, als der Verband gegründet wurde. Das war um die Jahrtausendwende. Deswegen steht im Namen noch „Multimedia“. Das klingt heute ein bisschen veraltet, aber so war es damals.

Wir sind ein Arbeitgeberverband, der im Dachverband der Arbeitgeberverbände Sachsen-Anhalt vertreten ist, in der Bitkom einen Sitz hat, in der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und im Bundesverband der Deutschen Industrie und seit Kurzem auch im Mittelstandsbeirat bei Dr. Robert Habeck vertreten ist.

Wir haben ein breites Spektrum an Mitgliedern: T-Systems, Regiocom, Gisa, um einmal sehr große Unternehmen mit mehreren Tausend Beschäftigten zu nennen, teilweise international tätig, aber auch in der Diskussion schon benannte Akteure wie die KID, die als wesentlicher Akteur hinter der KITU, der Kommunalen IT-Union, steht, aber auch viele jüngere und ältere KMU aus allen Landesteilen, etwa Innocon aus Stendal, Dornheim Medical Images aus Magdeburg, Govii aus Halle, Brain SCC aus Merseburg usw.

Was ich Ihnen an Zahlen sozusagen über den Tisch reichen möchte, sind die Anzahl der Unternehmen und der Mitarbeitenden. Die Anzahl der IKT-Betriebe in Sachsen-Anhalt beläuft sich auf knapp 2 000. Das ist wirklich eine sehr große Zahl. Dazu zählt jedes angemeldete Gewerbe, also auch derjenige, der sagt, ich programmiere mit meinem Kumpel etwas und gründe dafür eine GbR; auch das ist ein Unternehmen.

Wir haben insgesamt mehr als 15 000 Beschäftigte. Zum Vergleich: Das ist mehr als in der Landwirtschaft. Das ist mehr als im Maschinen- und Anlagenbau. Wir wollen uns aber nicht als etwas Besonderes hinstellen. Wir verzeichnen ein kontinuierliches Wachstum der Beschäftigung in der Branche - vom Jahr 2020 bis zum Jahr 2021 waren es immerhin 2 % Wachstum -, auch wenn viel Bewegung im Markt ist, viele Dinge passieren. Das sieht man

z. B. im Bereich der Telekommunikation. Wer gegenwärtig versucht, sich eine Telefonanlage zu besorgen, der dürfte ein paar Probleme bekommen, weil es Telefonanlagen einfach nicht mehr gibt. Damit bricht ein Teil dieses Marktes zusammen; der Markt ist hochdynamisch. Die Halbwertszeit des Wissens beträgt etwa sechs Monate. Darin ist eine Menge Bewegung.

Gleichwohl wird ein Gesamtumsatz in Höhe von 2,2 Milliarden € im IKT-Bereich in Sachsen-Anhalt erwirtschaftet. Das ist sicherlich beachtlich, würde ich allerdings nicht überbetonen.

Die Bedeutung der Branche für das Land liegt aus meiner Sicht in den folgenden Punkten: Wir haben eine hohe Wertschöpfung und gut bezahlte Jobs. Das ist relativ naheliegend. „Hohe Wertschöpfung“ bedeutet auch, dass jemand, der Software erstellt, keine Vorprodukte mehr einzukaufen braucht. Im Grunde genommen wird das Gehirnschmalz veredelt und zu Geld gemacht. Die IKT-Branche ist ein guter Steuerzahler: Umsatzsteuer, Gewerbesteuer, Einkommensteuer. „Gute Einkommen“ bedeutet: „viel Einkommensteuer“. Es ist eine Branche, die krisenfest und zukunftssicher ist. Wir haben zumindest in der Finanzkrise im Jahr 2009 keinen wirklichen Einbruch zu verzeichnen gehabt; es war ein Stück weit Stagnation, aber kein Einbruch bei Beschäftigung und Umsätzen.

Das sind alles wohlfeile Argumente. Die 15 000 Beschäftigten oder der Umsatz in Höhe von 2,2 Milliarden €, das ist eine Größenordnung von etwa 2% dessen, was im Land passiert. Ich möchte es gern mit einem Kuchen vergleichen. Wenn sie sich einen Kuchen vorstellen und die Rezeptur, dann macht das Backpulver von der Menge her auch nicht so viel aus, aber es ist enorm wichtig. In dem Sinne wäre es vielleicht am besten so zu sehen, dass die IT-Branche der Innovationstreiber und Innovationsenabler im Land ist. Praktisch alles, was mit Innovation zu tun hat, hängt irgendwie mit einem Rechner zusammen; es wird kaum etwas mit einem Rechenschieber oder mit einem Abakus gemacht.

Dazu kommt, dass die Verfügbarkeit von IT-Services tatsächlich ein Standortfaktor ist. Wer hier investiert, der braucht IT-Dienstleistungen, der braucht die Infrastruktur - Sie haben es gerade von den Kollegen von der Telekom gehört. Am Ende steht die Frage, können wir es im Land selbst regeln oder müssen wir uns Spezialisten von irgendwoher einfliegen - das zum Stichwort „digitale Souveränität“.

Die Themen, die uns zurzeit umtreiben - das wurde heute einige Male angesprochen -, sind Bildung und Fachkräftenachwuchs. Wir fangen relativ früh damit an, schon im schulischen Bereich, mit entsprechenden Angeboten der Berufsorientierung. Natürlich wird hier vor Ort Fachkräftenachwuchs ausgebildet.

Ein weiteres Thema ist die Rolle als Prophet im eigenen Land bzw. die Sichtbarkeit der IT-Wirtschaft. Ich glaube, die meisten Menschen, die man darauf anspricht, würden nicht auf die Zahlen kommen, die aufgerufen werden, weil vieles, was im Land in der IT passiert, seinen Erfolg im Wesentlichen außerhalb von Sachsen-Anhalt hat. Dafür gibt es viele Beispiele, von Unternehmen, die zunächst außerhalb von Sachsen-Anhalt erfolgreich sind. Wir haben

in Eisleben die Firma Tonfunk. Sie startet quer durch Europa Fußballstadien mit Bezahl- und Bestellsystemen aus, damit man sein Bier quasi schon auf dem Platz bestellen kann und gegen Vorlage eines QR-Codes nur noch abholen muss.

Sie haben hier am Universitätsplatz die Firma Polarith, die Steuerungssoftware für die Containerkräne erstellt. Man fragt sich immer, wie finden die eigentlich ihre Container wieder. Die Software wird hier in Magdeburg entwickelt.

Das sind Unternehmen, die alle gut zu tun haben, die gut beschäftigen, die alle durchaus händeringend nach Fachkräften suchen. Das wird hier im Land aus meiner Sicht zu wenig wahrgenommen und es wird auch zu wenig auf die Expertise zugegriffen, die es hier gibt. So hätte man vor der einen oder anderen Entscheidung für irgendwelche Blockchain-Abenteuer im Zeugnisbereich oder für die Luca-App usw. jemanden fragen können, der etwas von der Sache versteht.

Wir bewerten die Zusammenarbeit mit der öffentlichen Verwaltung insgesamt als ein wenig schwierig. Das Stichwort lautet „mittelstandsprohibitive Ausschreibungspraxis“. Ich habe es auf dem Flur schon dem Vertreter von Dataport gesagt: Ich verwette ein ganzes Monatsgehalt, dass der Listenpreis eines Personentages meines Unternehmens unter dem liegt, was von Dataport für 120 000 Personentage eingekauft wird. Darin bin ich mir ganz sicher. Also, viel hilft manchmal gar nicht viel, und es stellt sich die Frage, warum sollte ich meine ganze Mannschaft verkaufen. Als Unternehmer bin ich kein Menschenhändler, sondern ich möchte Dienstleistungen anbieten, Services entwickeln. Es wäre viel interessanter zu wissen, welche Leistung man haben möchte, anstatt nur zu erfahren, wie viele Personentage man glaubt, für irgendeine Aktivität zu benötigen.

Zum Thema verlängerte Werkbank. Die Wortgruppe ist heute schon gefallen. Ein Stück weit ist das eine Wahrnehmung, die die Branche eher nicht hat, weil sie durchaus selbstbewusst ist, aber von außen wird das so gesehen und an vielen Stellen - noch an zu vielen Stellen! - einfach akzeptiert. Das haben wir nicht nötig.

Die regionale Wertschöpfung, die wir gerade im Bereich der Verwaltungsmodernisierung haben, ist an der Stelle natürlich nachteilig für die einheimische Wirtschaft und, wie vorhin ausgeführt wurde, für die Wirtschaftsstruktur. Wenn es dazu führt, dass KMU am Stück weggekauft werden, dann ist das keine wirklich günstige Entwicklung. Wie das für den Landeshaushalt aussieht, müssen Experten bewerten, aber wenn man sich die Kaskade anschaut, dass erst das Land Sachsen-Anhalt Dataport beauftragt, dann Dataport irgendjemanden beauftragt, der eine Ausschreibung gewonnen hat, und der es dann wieder irgendwo einkauft, dann stellt sich natürlich die Frage, zahlt das Land zu viel für die Dienstleistungen oder kommt zu wenig bei den KMU vor Ort an, oder gar beides. Sich diese Wertschöpfungsstufen anzuschauen und zu fragen, welcher Wert wird eigentlich geschöpft, ist, glaube ich, legitim.

Vorhin wurde des Öfteren gesagt, wir haben als IT-Branche kein Angebot für Dataport. Ich möchte das in Anführungszeichen setzen und würde gern drei, vier Worte zu den Hintergründen verlieren. Die Dataport-Entscheidung, als der Vertrag über den Beitritt als Trägerland geschlossen wurde, liegt schon mehr als zehn Jahre zurück. Das wurde von der regionalen IT-Wirtschaft schon gesehen. Am Ende hat das Folgen für die Ausrichtung von Unternehmen und für den Marktfokus von Unternehmen, weil man schlicht und einfach gesagt hat, okay, dann gibt es hier nichts zu holen. Die Unternehmen, die es gab - nehmen wir die Gisa -, haben sich irgendwann dazu entschieden, auf dem öffentlichen Markt nicht mehr anzubieten. Ich bin öfter bei der Gisa. Die haben keine Langeweile; das muss man ganz deutlich so sagen. Regiocom dito.

Es kommt hinzu, selbst für die Unternehmen, die auf den E-Government-Markt oder auf den Bereich der Verwaltungsmodernisierung fokussiert sind - jetzt spreche ich auch als Unternehmer ein bisschen pro domo -, sind die Rahmenbedingungen ziemlich unklar und schwierig. Wenn wir über OZG-Leistungen sprechen - es wurde über den digitalen Bauantrag gesprochen -, dann ist das schon ein sehr erratisches Verfahren, sich zu überlegen, wie kann ich mit meinem digitalen Bauantrag dieses OZG-Prinzip, einer für alle, tatsächlich umsetzen. Wohin muss ich? Wie komme ich durch die Mühlen der einzelnen Bundesländer? In dem Fall war Mecklenburg-Vorpommern zuständig. Das muss dann irgendwie in eine Dataport-Plattform integriert werden, dann muss das irgendwie zu den Kommunen gebracht werden. Die Kommunen sind - zumindest in meiner Wahrnehmung - noch heute völlig ratlos, wie sie mit dem OZG umgehen sollen. Das ist alles nicht so einfach. An der Stelle muss noch eine Menge Arbeit geleistet werden, damit das tatsächlich zum attraktiven Markt für Angebote wird.

Ein ganz klein bisschen ist es eben auch so, dass die Vertrauensbeziehungen einfach noch nicht da sind und dass diese Themen - obwohl wir seit langer Zeit daran arbeiten und versuchen klarzustellen, wie die Zusammenarbeit der regionalen IT-Wirtschaft mit Dataport funktionieren soll - noch nicht so richtig durchdekliniert sind. Deswegen komme ich zum letzten Punkt, unsere Vorschläge - ich habe das auf dem Flur resümiert - liegen seit dem Jahr 2014 auf dem Tisch, sind ab und zu modifiziert und immer wieder aktualisiert worden. Das letzte Mal haben wir uns in der letzten Woche beim strategischen Wirtschaftsdialog getroffen, der vom Ministerium für Infrastruktur und Digitales quasi als eine vom früheren Digitalisierungsbeirat abgespaltene und separat durchgeführte Veranstaltung getragen wird.

Ich will an der Stelle im Wesentlichen nur die Kernpunkte wiederholen. Wir müssen es schaffen, dass sich Dataport und die regionale IT-Wirtschaft an einen Tisch setzen und abgleichen, wer will was von wem. Allein damit ist es aber nicht getan. Die Rahmenbedingungen müssen klar sein. Die Spielregeln müssen klar sein. Es muss Vertrauen geschaffen werden. Das kann nur dadurch funktionieren, dass man erfolgreich Projekte auf die Schiene hebt, die z. B. in Sachsen-Anhalt funktionieren. Es wäre aber viel besser, wenn sie nicht nur in Sachsen-Anhalt funktionierten, sondern wenn ein sachsen-anhaltisches Unternehmen damit in den anderen

Trägerländern erfolgreich wäre und diese Projekte multiplizieren könnte. Insofern muss ich ganz klar sagen, wir sind nicht dort, wo wir sein wollen. Wir sind noch nicht auf der Aktions-ebene. Das merke ich an der Stelle sehr kritisch an. Die Analyse von beiden Seiten passt in gewisser Weise zusammen, wenn sie auch aus völlig unterschiedlichen Perspektiven aufgestellt wird. An der Stelle müssen wir weiterarbeiten und schauen, dass dieses Thema etwa über diesen strategischen Wirtschaftsdialog massiv angeschoben wird.

Wichtig ist - letzte Bemerkung -, wir haben schon ein kleines Thema mit den Kommunen. Wir reden bei Dataport über den Dienstleister der Landesverwaltung. Es gibt auch noch ein anderes Gebiet. Jeder kennt die Kommunen in seinem Wahlkreis und weiß, wie kleinteilig die Unterstützungsstrukturen mitunter sind. Es gibt den Computerspezialisten vor Ort. Wir müssen wirklich gut aufpassen, dass an der Stelle nichts unter die Räder kommt. Ich kenne gerade in der Altmark, im Mansfelder Land die Strukturen. Wenn Dataport darin eindringt und bestimmte Themenfelder besetzt, dann müssen wir aufpassen, dass nichts zerdrückt wird; denn das sind fragile Konstruktionen, die wir dort haben.

(Eine Präsentation zum Vortrag wurde im Nachgang der Sitzung als **Vorlage 2** bereitgestellt.)

Vorsitzender Dr. Falko Grube: Ich weiß nicht, wie das Dataport sieht, aber dass sich die Kommunen auf den Weg machen würden, um jemanden jenseits der KITU zu nehmen, das sehe ich nicht. Ich bin im Nebenamt wie der eine oder die andere hier auch noch Stadtrat in Magdeburg und würde meine Hand dafür nicht erheben.

Abg. Detlef Gürth (CDU): Ich will mich auf das OZG konzentrieren. Mit dem OZG hätte man mit dem schönen Geld, das wir in die Hand nehmen, in der digitalen Welt - wir sind alle noch hybrid mit unseren ausgedruckten Papieren - das Instrument, um für den Bürger und für den Unternehmer erlebbar werden zu lassen, was Digitalisierung an Effizienzgewinnen bringen kann. Corona hin, Corona her - ich muss mein Büro, meine Wohnung nicht mehr verlassen, ich kann den Pass verlängern, ich kann einen Bauantrag stellen. Das ist eigentlich das Ziel des OZG, eine löbliche Zielstellung.

Dann kann man Sachsen-Anhalt in zwei Gruppen teilen. Eine Gruppe umfasst Magdeburg plus einige wenige andere, die die Leistungsfähigkeit haben, um das Thema Digitalisierung in ihrem Verwaltungsbereich, in der Administration umzusetzen. Dazu ist über die KID auch die KITU entstanden. Die andere Gruppe kann das nicht.

Wir haben in Sachsen-Anhalt Jahre verloren, muss man selbstkritisch sagen. Wir haben nicht - Staatssekretär Schlömer hat es angesprochen - den Verbund oder die Institution, worunter sich alle Kommunen versammeln. In Brandenburg gibt es so etwas, in Schleswig-Holstein und in anderen Ländern auch. Das haben wir nicht, sondern wir haben die KITU. Die Kommunen im Süden Sachsen-Anhalts sind zum Teil an die sächsische Institutionen angeschlossen und arbeiten mit denen zusammen. Das ist eine missliche Situation.

Damit komme ich zu meinen Fragen. Vor dem Hintergrund der Leistungsfähigkeit der Gemeinden und des Willens, dass das OZG in dieser Wahlperiode funktioniert, wenigstens in einer größeren Anzahl von Gemeinden, wie schätzen Sie die Situation in den Gemeinden ein? Sie sprechen für die Unternehmerseite, die ihre Dienstleistungen vom Bauantrag bis zum Pass anbieten. Es muss in die IT-Infrastruktur der Gemeinden eingebettet werden, Schnittstellen, Sicherheit, Kompatibilität usw. Wie leistungsfähig schätzen Sie die Gemeinden ein?

Ich habe immer wieder das Gefühl, die eine oder andere Gemeinde hat einen Administrator, der schon damit zu tun hat, die iPads mit dem Mandatos für die Stadträte zu händeln. Damit ist schon das Ende der Kapazität erreicht, und wenn er krank ist, dann geht nichts mehr. Müsste das Land oder wer auch immer etwas befristet in die Hand nehmen, damit sie das Thema händeln können, damit sie bereit sind, das anzugehen?

Die letzte Frage - das habe ich aus anderen Ländern mitgebracht -: Die Kommunen sagen, wir bräuchten eine Art wettbewerbsneutralen Berater oder Scout, der uns hilft, mit einem guten Bauchgefühl zu sagen, wir treffen diese oder jene Entscheidung für dieses oder jenes Produkt, für dieses oder jenes Unternehmen. Wäre es ratsam - ich glaube, Sachsen hat das gemacht -, beim Landkreistag und beim Städte- und Gemeindebund drei, vier Leute zu haben, die als wettbewerbsneutraler Fachmann, wenn Fragen auftreten, Kommunen unter die Arme greifen und sie über die Hürde heben, damit sie sagen, ich widme mich dem Thema, ich mache beim OZG mit?

Der **Vertreter des VITM**: Das kann ich relativ kompakt beantworten. Was die Leistungsfähigkeit der IT in der Verwaltung von Kommunen betrifft: Nehmen Sie als Faustregel, eine Kommune mit ca. 10 000 Einwohnern - das hat sich durch die Gemeindegebietsreform so herausgemendelt - hat üblicherweise eine IT-Verantwortliche bzw. einen IT-Verantwortlichen. Ich rede nicht von Experten, ich spreche von verantwortlich. Das kann auch ein diplomierter Sportlehrer sein. Das kann derjenige sein, der im Jahr 1990 am geschicktesten dabei war, bei der elektronischen Schreibmaschine das Farbband zu wechseln - alles original. So sieht das aus. Das ist eine sehr schwierige Situation. Im Grunde genommen kann man sagen, beim Städte- und Gemeindebund sieht das genauso schwierig aus, wenn Sie einmal ganz in Ruhe miteinander sprechen und fragen, wie viele Leute sie haben, wie viele IT-Experten sie haben. Ich will die fachliche Qualifikation von Herrn L. nicht infrage stellen, aber man muss es einmal hochskalieren auf die Anzahl der Kommunen, die Beratung brauchen. Dann muss man überlegen, wie schafft man eine Plattform, um das zu multiplizieren. Die Idee ist nicht schlecht. Das Stichwort „marktneutral“ wäre für mich auch sehr wichtig. Die KITU hat ein bisschen das Problem, dass sie mit der KID einen eben nicht komplett marktneutralen Spieler dabei hat.

Gleichwohl fehlt noch eine ganz wichtige weitere Komponente. Sie wissen beim Thema OZG gar nicht, was sie eigentlich tun sollen. Wir haben an der Stelle kein Kochrezept, nach dem

eine Kommune agieren kann. Ich weiß, wir haben uns vor einem Jahr noch im Digitalisierungsbeirat eine Bürgermeisterin, eine Hauptamtsleiterin und eine Kämmerin - das waren drei Frauen - geschnappt und gesagt, wir gehen zum CIO und fragen, was diese drei Damen jetzt tun sollen. Sie wollen den Haushaltsplan für das Jahr 2020 vorbereiten. Wir haben keine konkrete Antwort bekommen. Ergo konnten sich die Kommunen darauf nicht vorbereiten. Sie wussten weder inhaltlich, was sie tun sollen, noch wussten sie, wie viel das kostet und wie viele Mittel sie dafür bereitstellen sollen. An der Stelle muss ich immer wieder in diese Richtung schauen und sagen, es ist ganz dringend notwendig, Handlungssicherheit zu bekommen. Dann finden sich auch die Beratungsstrukturen, um das um die Ecke zu tragen. Die IT-Unternehmen, die die Kommunen beraten, gucken selbst wie ein Schwein in das Uhrwerk und sagen, auch wir wissen nicht genau, wie es geht.

Abg. Matthias Büttner (Staßfurt) (AfD): Ich habe noch eine inhaltliche Frage zu Ihrem Vorschlag. Sie haben vorhin von 2 000 - ich bin mir nicht sicher - Mitgliedern Ihres Verbandes oder IT-Firmen in Sachsen-Anhalt gesprochen. - Das ist meine erste Frage.

Die zweite Frage ist, IT ist mehr als programmieren und Software. Das kommt hier nicht so richtig herüber, weil wir uns hier viel mit Digitalisierung beschäftigen. Wie viele von diesen 2 000 Firmen oder Mitgliedern - das werden Sie gleich klarstellen - befassen sich mit Software und programmieren? Ich möchte es noch einmal klarstellen: IT umfasst ja wahrscheinlich Telekommunikation, Unterhaltungselektronik, Rundfunk, Fernsehtechnik, Reparaturwerkstätten usw. Zählt der kleine Computerservice in der Stadt XY auch dazu? Vielleicht können Sie für etwas mehr Klarheit sorgen, damit man sich ungefähr vorstellen kann, worüber wir sprechen.

Der **Vertreter des VITM:** Das kann ich gern tun. Das ist eine berechtigte Frage. Das wird auch in den Unterlagen sichtbar. Es handelt sich um Unternehmen. Wir haben im Bereich Software und IT-Services 1 125 Unternehmen. Also etwa die Hälfte der Unternehmen beschäftigt sich mit Softwareentwicklung im weiteren Sinne und mit IT-Services. Der Handel mit IT-Geräten macht etwa ein Viertel aus; das ist ein bisschen weniger geworden. Dann haben wir etwa 10 %, 15 % Telekommunikationsdienste im weiteren Sinne. Dann kommt ein bisschen Consumer Electronics usw. unter „ferner liefern“. Der größte, überwiegende Teil - ich würde sagen, etwa 60 %; sicher mehr als 50 % - machen Software und IT-Services aus.

Vorsitzender Dr. Falko Grube: Ich denke, wir werden uns wiedersehen, in Abständen, wenn Sie mögen. Wir mögen bestimmt.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Aktueller Sachstand zum Onlinezugangsgesetz (OZG)

Selbstbefassung Ausschuss für Infrastruktur und Digitales - **ADrs. 8/AID/15**

Der Ausschuss hat in der 8. - öffentlichen - Sitzung am 13. Mai 2022 vorgesehen, sich im Rahmen der Selbstbefassung gemäß § 14 Abs. 3 GO.LT von der Landesregierung regelmäßig zum Stand der Umsetzung des OZG berichten zu lassen.

Staatssekretär Bernd Schlömer (MID) trägt vor, die Umsetzung des OZG stelle Bund, Länder und Kommunen vor große Herausforderungen. Einige Kommunen seien aber der Meinung, das OZG betreffe sie nicht. Das mache es schwer, die kommunale Ebene überhaupt zu erreichen. Die Landesregierung sei bereit dazu, die Mittel einzusetzen, die der Landtag zur Verfügung gestellt habe. Die Zusammenarbeit mit einem Teil der Kommunen sei aber schwierig. Ein gutes Beispiel sei der Digitalpakt Schule zusammen mit der Deutschen Telekom, für den der Bund mehrere Milliarden Euro zur Verfügung gestellt habe. Dadurch seien die Kommunen in den vergangenen fünf, sechs Jahren in die Lage versetzt worden, die IT in den Schulen zu ertüchtigen. Davon hätten jedoch nur sehr wenige Schulträger Gebrauch gemacht.

Bei der Kooperation mit den Kommunen in Sachen Verwaltungsdigitalisierung müsse man intelligente, kluge und robuste Kooperationsstrukturen aufsetzen, um in vier, fünf Jahren Verwaltungsdigitalisierung auf allen Ebenen, auch in vielen Kommunen zu erreichen.

Das Ziel, das OZG mit seinen 575 Verwaltungsdienstleistungen bis zum 31. Dezember 2022 umzusetzen, werde nicht erreicht werden. Selbst der vom Bund initiierte sogenannte Booster, mit dem 22 priorisierte Einzelleistungen umgesetzt werden sollten, werde nicht dazu führen, dass diese 22 Leistungen flächendeckend in Deutschland zur Verfügung gestellt werden könnten. Das sei ärgerlich. Das OZG werde von den Ländern arbeitsteilig umgesetzt. Die Länder hätten die Verantwortung für Themenfelder übernommen. Sachsen-Anhalt habe die Verantwortung für das Themenfeld Bildung, Mecklenburg-Vorpommern für das Themenfeld Bauen, Niedersachsen für das Themenfeld Gesundheit. Die OZG-Leistungen würden von den Ländern entwickelt und anderen Ländern quasi auf einem Marktplatz zur Verfügung gestellt. Dieser Prozess laufe derzeit nicht wirklich. Es sei schwierig, OZG-Leistungen anderer Länder zu nutzen. Es gebe dazu auch noch keine Preismodellierung. Der IT-Dienstleister Dataport habe für alle Länder ein Preismodell für die Betriebskosten für einen entsprechenden digitalen Antrag vorgestellt. Das müsse parallel entwickelt werden.

Sachsen-Anhalt habe aktuell elf Basiskomponenten von insgesamt 15 Basiskomponenten fertiggestellt und sei dabei, den anderen Ländern möglichst schnell weitere Komponenten zur Verfügung zu stellen. Gegenüber seiner Berichterstattung im Mai 2022 befänden sich inzwischen alle dem Land auferlegten elf OZG-Leistungsbündel in der Umsetzung; zum damaligen Zeitpunkt seien noch vier, fünf in Planung gewesen. Mit der Leistung „Bafög digital“ sei

Sachsen-Anhalt das erste Land gewesen, das eine OZG-Leistung fertiggestellt und den anderen Ländern zur Verfügung gestellt habe. Die OZG-Leistung „Hochschulzulassung“, eine der 22 priorisierten Einzelleistungen, habe das Land zwar nicht erbracht, aber alle Hochschulen in Deutschland besäßen digitale Zugänge, um beispielsweise Studierende zu immatrikulieren. Diese Aufgabe könne als erledigt betrachtet werden. Bei der OZG-Leistung „Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“, eine weitere der 22 priorisierten Einzelleistungen, sei die Situation sehr schwierig. Alle Kammern in Deutschland müssten dafür gewonnen werden, Berufsqualifikationen anerkennungsfähig zu gestalten. Sachsen-Anhalt kooperiere mit Nordrhein-Westfalen. Es gehe um 1 500 Berufsqualifikationen, die in einen Modus gebracht werden müssten. Nach Ansicht des IT-Planungsrats sei man auch angesichts der Komplexität des Themas auf dem richtigen Weg.

Der Stand der Entwicklung von OZG-Leistungen und die Umsetzung könnten auf einer Plattform verfolgt werden. Demnach habe Sachsen-Anhalt 108 OZG-Leistungen umgesetzt. Das Ministerium versuche, weitere große Bündel für die Nachnutzung bereitzustellen. Es stehe dabei vor zwei zentralen Herausforderungen. Es müsse erstens eine sozusagen vertikale Kooperationsstruktur mit den Kommunen entwickeln, um OZG-Leistungen frei von vergaberechtlichen Grundsätzen zur Verfügung stellen zu könnten. Darüber werde intensiv diskutiert. Teile der Kommunen sähen sich nicht in der Pflicht, das OZG umzusetzen. Das Land habe keinen Hebel, um das zu erreichen. Zweitens müsse in horizontaler Hinsicht geklärt werden, wie OZG-Leistungen für die Landesebene verfügbar gemacht werden könnten. Das Ministerium mit der Abteilung 5 für digitale Verwaltung könne fachlich nicht einschätzen, ob OZG-Leistungen nachgenutzt werden könnten. Dazu brauche es den Austausch mit anderen Ministerien, die in ihrer fachlichen Verantwortung zu entscheiden hätten, ob ein digitaler Antrag sach- und fachgerecht sei. Das Ministerium wolle noch in diesem Jahr eine Klärung herbeiführen. Es habe beispielsweise nicht gewusst, dass das Wirtschaftsministerium eine OZG-Leistung im Zusammenhang mit dem Eichwesen eingeführt habe. Es fehle noch daran, die Kommunikation systematisch auszubauen, welche Leistungen fertiggestellt seien. Das werde man aber parallel auf den Weg bringen können.

Das Ministerium sei in vielerlei Hinsicht auf Kooperationen und Arbeitsteilung angewiesen. Es wolle mit den Kommunen auf Augenhöhe beim Thema Verwaltungsdigitalisierung kooperieren und im Grunde genommen das EfA-Prinzip, das sich in Deutschland bewährt habe, auch für die kommunale Ebene fortsetzen. Es sei sehr interessiert daran, dass die Mitglieder des Landtages dies unterstützten und in ihren Wahlkreisen dafür warben, damit die Kommunen die Herausforderungen erkannten. Er hoffe, dass man den Gordischen Knoten in Kürze durchschlagen werde.

Der Staatssekretär hält abschließend fest, das Land werde die Ziele der OZG-Umsetzung nicht erreichen - wie alle anderen Länder auch. Der Bund habe dies erkannt und werde als Gesetzgeber ein Nachfolgegesetz auf den Weg bringen. Das Land habe Möglichkeiten der Mitgestaltung. Die Chief Information Officer der Länder hätten sich darin eingebracht. Es

wäre wünschenswert, auf dem Themenfeld Bildung, wofür das Land die Verantwortung trage, stärker mit der regionalen Wirtschaft zu kooperieren. Es würde das Land insgesamt stärken, zusammen zu agieren, und böte Entwicklungspotenzial. Er habe aufgenommen, dass der VITM stärker über Bildung nachdenke, und sei gern bereit dazu, in einen Austausch zu treten. Er könne dem Ausschuss in einem halben Jahr gern über den Fortgang berichten.

Abg. Elke Simon-Kuch (CDU) bringt vor, Staatssekretär Herr Schlömer habe dafür geworben, dass die Mitglieder des Landtages vor Ort, in den Kommunen aktiv würden. Sie könne das gern anbieten. Sie denke, dazu gebe es eine große Bereitschaft. Es wäre hilfreich, und darum bitte sie, ein bisschen konkreter zu machen, was sich das Ministerium wünsche, an welcher Stelle was unterstützt werden müsste. Des Weiteren bitte sie Staatssekretär Herrn Schlömer darum, etwas zum sogenannten digitalen Rathaus zu sagen. Dieses Schlagwort sei in einer Sitzung des Ausschusses gefallen. Es habe recht vernünftig geklungen, den Kommunen etwas anzubieten, damit nicht alle bei null anfangen müssten.

Ministerin Dr. Lydia Hüskens (MID) stellt dar, der wichtigste Punkt sei, bei den Kommunen dafür zu werben, dass die Kommunen die Chancen ergriffen, die ihnen geboten würden, auch mit dem Sondervermögen, das der Landtag aufgelegt habe. Es gebe Schulträger in Sachsen-Anhalt, die der Auffassung seien, dass ihre Schulen nicht an das Glasfasernetz angeschlossen werden müssten - der Vertreter der Deutschen Telekom habe darauf aufmerksam gemacht. Es gebe auch eine Diskussion, ob Kommunen gezwungen seien, OZG-Leistungen umzusetzen oder ob sie sich dem entziehen könnten. Einige Kommunen verträten die Rechtsauffassung, sie müssten dies nicht machen; dies habe ihr ein Bürgermeister einer Kommune im Norden des Landes selbst gesagt. Das Ministerium könne dies feststellen, die Kommunen aber nicht dazu zwingen. Von daher sei es wichtig, dafür zu werben, dass sich die Kommunen gemeinsam mit dem Land auf den Weg machten. Man habe auch einen Kompromiss bei der Rechtsform gefunden. Es stünden finanzielle Mittel bereit, um die Kommunen mit auf den Weg zu nehmen, um gemeinsam nicht nur eine digitale Tür zum Rathaus zu öffnen, sondern auch die Prozesse dahinter anzugehen. Diese seien für die Kommunen eigentlich viel wichtiger, um den Bürgerinnen und Bürgern entsprechende Leistungen in hoher Qualität anbieten zu können. Das Ministerium werde keiner Kommune vorschreiben, welche Software verwendet werden müsse. Es werde auch in Zukunft gegebenenfalls unterschiedliche Anbieter geben. Sie halte das auch für richtig; es sei immer ganz gut, wenn es eine Alternative gebe und etwas Druck über Wettbewerb erzeugt werde. Es mache aber Sinn, zusammen das Thema Standardisierung zu klären und - ganz wichtig! - offene Schnittstellen zu schaffen. Es sei leider noch nicht zu 100 % ausgeschlossen, dass einzelne Kommunen allein vor sich hin werkten und eigene Software entwickelten. Ihr Appell an die Mitglieder des Landtages sei, in den Wahlkreisen und in den Kommunen für diese Richtung zu werben.

Staatssekretär Bernd Schlömer (MID) erläutert zur Frage nach dem digitalen Rathaus, das sei ein Geschäftsmodell eines Dienstleisters, der auch Mitglied im VITM sei und mit der Stadt

Tangerhütte kooperiere. Die Kommunen seien frei darin, diese Lösung zu implementieren. Er wisse, dass auch Städte im Süden Sachsen-Anhalts diese Lösung vorsähen. Er wolle diese aber nicht bewerben, weil es auch eine andere Lösung eines Wettbewerbers in Sachsen-Anhalt gebe. Anliegen des Ministeriums sei es, sich in den Kommunen auf bestimmte Verfahrensweisen im Sinne einer Standardisierung zu verständigen. Dann wisse man, welcher technischer Voraussetzungen es bedürfe. Wenn man sich darauf einige, dann könnten diese Lösungen für die Kommunen auch angewendet werden. Es spreche nichts dagegen und das Ministerium stehe dem auch nicht im Wege.

Abg. Detlef Gürth (CDU) legt dar, viele Menschen seien während der Coronapandemie gezwungen gewesen, digital mit der Außenwelt in Kontakt zu bleiben und digitale Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Der Onlinehandel habe einen Sprung gemacht. Die Menschen erwarteten jetzt auch von den Verwaltungen mehr als zuvor, sowohl vom Land als auch von den Kommunen. Das meiste betreffe aber die Kommunen; dahin müssten sich die Bürgerinnen und Bürger und auch viele Unternehmerinnen und Unternehmer wenden. Er werbe gern dafür. Irgendwann müssten die Kommunen in diesem Jahrhundert ankommen. Es gebe aber viele offene Fragen; denn im Detail sei es sehr kompliziert. Diese Fragen würden auch vom Städte- und Gemeindebund zusammengefasst. Sie müssten beantwortet werden. Die Kommunen müssten aber in die Lage versetzt werden, es auch umsetzen zu können. Mehr als 50 % der Gemeinden in Sachsen-Anhalt befänden sich in der Haushaltskonsolidierung oder kurz davor. Sie seien gezwungen, die doppelte Buchführung umzusetzen und Jahresabschlüsse vorzulegen. Damit bekomme man erstmals einen realen Einblick in die Finanzlage der Gemeinden. Wenn das Land nicht über seinen Schatten springe und für einen begrenzten Zeitraum in einer geeigneten Art und Weise Zuwendungen ermögliche, damit sich die Kommunen den Verfahren stellen könnten, dann kämen sie nicht über diese Hürde. Ordnungspolitisch sei das zu Recht zu hinterfragen. Die Kommunen verfügten aber über zu wenige Mitarbeitende mit Fachkenntnissen und wüssten nicht, welche finanziellen Aufwendungen auf sie zukämen. Davor hätten sie Angst. Wenn das Land nichts anbiete, dann werde es mit der Umsetzung nichts werden.

Ministerin Dr. Lydia Hüskens (MID) führt aus, genau das sei die Sorge des Landes. Eine Reihe von Kommunen würde natürlich gern die Mittel vom Land nehmen und die Chance nutzen, um sich eine Stelle finanzieren zu lassen und anderes mehr. Wenn man das machte, dann käme man schnell wieder an den Punkt, dass das Land viele Mittel zur Verfügung stellte, der Andrang aber nicht so sei, wie man es sich vorstelle; an diesem Punkt sei man leider schon öfter gewesen. Das Land wolle jetzt einen Schritt weitergehen. Es wolle nicht unter allen Kommunen ein bisschen Geld verteilen, sondern mit den Kommunen auf Augenhöhe zusammenarbeiten und eine Form finden, um es praktisch umzusetzen. Namen seien schon genannt worden. Eine Reihe größerer Kommunen könne sich auch vorstellen, mit dem eigenen Personal den Prozess in der einen oder anderen kleineren Kommunen im Umfeld aktiv zu begleiten. Das wolle sie lobend sagen; das habe sie vorher noch nie gehört. Sie habe nicht gehört, dass größere Städte kleineren Orten bei der doppelten Buchführung geholfen hät-

ten; Abg. Herr Gürth habe das Beispiel angeführt. Bislang habe jede Kommune für sich selbst gewerkelt und noch heute gebe es Orte, in denen es noch nicht einmal mit der Eröffnungsbilanz funktioniert habe. Die jetzige Bereitschaft der Kommunen wolle das Land gern annehmen und in einer entsprechenden Rechtsform mit den Kommunen zusammenarbeiten. Staatssekretär Herr Schlömer sei vorhin auf das Verfahren der Umsetzung des OZG eingegangen: Ein Land entwickle und erprobe ein Verfahren, dieses müsse lizenziert und könne dann eingesetzt werden. Das sei relativ kompliziert. Es mache keinen Sinn, wenn die Kommunen in Sachsen-Anhalt einzelne Lösungen entwickelten. Man wolle es zusammen machen und dann dafür sorgen, dass die Kommunen es auch nutzten. Bestimmte Sachen werde man aber vergeben müssen. Sie halte den Weg, sich gemeinschaftlich auf den Weg zu machen, für den richtigen. Sollte es aber eine Kommune geben, die das nicht wolle, dann entziehe sich das dem Zugriff des Landes.

Das Thema wird weiterbehandelt.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlagepflicht von Verträgen, Studien oder Gutachten als Beratungsleistungen gemäß § 34a Abs. 2 LHO, Abschluss eines Rahmenvertrages mit Dataport AÖR im Bereich der Digitalisierung

Befassung Ministerium der Finanzen - **ADrs. 8/FIN/66**

Der Ausschuss hat sich in der 8. - öffentlichen - Sitzung am 13. Mai 2022 mit dem Abschluss des Rahmenvertrages mit Dataport befasst (**Vorlage 1**). Er hat dem Ausschuss für Finanzen empfohlen, in den Abschluss des Rahmenvertrages einzuwilligen, und ist übereingekommen, sich von der Landesregierung turnusmäßig über den Mittelabfluss berichten zu lassen (**Vorlage 2**).

Staatssekretär Bernd Schlömer (MID) äußert, das Ministerium für Infrastruktur und Digitales komme sehr gern der Auflage im Zusammenhang mit der Beschlussfassung des Ausschusses zu, zum Rahmenvertrag im Bereich Digitalisierung in Bezug auf Beratungsleistungen regelmäßig zu informieren. Der Rahmenvertrag werde am 1. März 2023 wirksam. Das Vergabeverfahren sei noch nicht abgeschlossen. Beratungsleistungen könnten frühestens im April 2023 in Anspruch genommen werden. Das Ministerium schlage vor, dem Ausschuss zum nächstmöglichen Zeitpunkt unaufgefordert zu berichten. Aus Sicht des Ministeriums sei dies das vierte Quartal 2023, wenn das Verfahren abgeschlossen sein werde. - Damit besteht Einvernehmen im **Ausschuss**.

Vorsitzender Dr. Falko Grube bittet darum, dem Ausschuss eher zu berichten, wenn das Verfahren wider Erwarten schneller abgeschlossen würde.

Staatssekretär Bernd Schlömer (MID) bemerkt noch, ein erster Antrag eines Ministeriums liege dem Ministerium für Infrastruktur und Digitales vor. Der Antrag werde jetzt dem Ausschuss für Finanzen zugehen, könne aber erst im nächsten Jahr wirksam werden.

Das Thema wird weiterbehandelt.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Vorsitzender Dr. Falko Grube weist den Ausschuss auf **eingegangene Post** und **Einladungen** hin:

- ein Schreiben vom 28. Juni 2022 von Frau H. zum Thema „EUROVELO 13 - Iron Curtain Trail gute Wertschöpfungsquelle für die Altmark, Grüne-Band-Touristik nimmt zu. Immer mehr Radfahrer*innen und Wander*innen am ICT unterwegs“,
- eine Einladung der Stadt Kalbe (Milde) zur Veranstaltung „Nächster Halt: Baukultur! in der Künstlerstadt Kalbe“ am 30. August 2022,
- eine Einladung der Naumburger Straßenbahn GmbH zur Veranstaltung „130 Jahre Naumburger Straßenbahn, 115 Jahre elektrischer Betrieb und 15 Jahre täglicher Betrieb“ am 16. September 2022 in Naumburg,
- eine Einladung zur „InnoTrans 2022 Opening Ceremony“ am 20. September 2022 in Berlin,
- eine Einladung zum verkehrspolitischen Abend des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. am 27. September 2022 in Magdeburg sowie
- eine Vorabinformation des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes in Zusammenarbeit mit der Allianz pro Schiene zu einer Veranstaltung zur Verkehrswende am 28. September 2022 in Leipzig.

*

Der **Ausschuss** beschließt den **Terminplan für das Jahr 2023** mit folgenden Terminen: 20. Januar 2023, 17. Februar 2023, 17. März 2023, 21. April 2023, 26. Mai 2023, 23. Juni 2023, 1. September 2023, 6. Oktober 2023, 3. November 2023 und 8. Dezember 2023.

*

Vorsitzender Dr. Falko Grube schlägt namens der Koalitionsfraktionen vor, im Jahr 2023 eine **Vollausschussreise nach Israel** zu unternehmen. Er erläutert, Zeitpunkt der Reise wäre das Ende des dritten Quartals oder der Beginn des vierten Quartals. Den genauen Zeitpunkt müsste man noch festlegen. Zentrales Thema der Reise wäre Intel. Intel habe ein Werk in Haifa. Er habe mit Intel gesprochen, dass man dieses Werk auch besuchen könne. Ringsherum gebe es eine Start-up-Szene. Wie man damit umgehe und was daraus entstehen könne, sei auch für die Region Magdeburg und für das gesamte Land Sachsen-Anhalt eine relevante

Frage. Darüber hinaus könne man verschiedene Fragen der Cybersicherheit besprechen und selbstverständlich sollte der Ausschuss offizielle Termine in Jerusalem wahrnehmen. Das Programm würde er noch konkretisieren. Alle Fraktionen könnten an der Reise teilnehmen.

Der **Ausschuss** beschließt bei drei Stimmenthaltungen einstimmig, Ende des dritten Quartals/Anfang des vierten Quartals 2023 eine Vollausschussreise nach Israel zu unternehmen.

*

Der **Ausschuss** bespricht die Tagesordnung für die **nächste Sitzung am 7. Oktober 2022.**

Der Ausschuss tritt sodann in einen nichtöffentlichen Sitzungsteil ein. Hierüber wird eine gesonderte Niederschrift erstellt.

Schluss der öffentlichen Sitzung: 13:25 Uhr.

Bereitstellung im AIS/SIS/RIS